



Zukunft bauen.

ÖSTERREICHS ZUKUNFT NACHHALTIG GESTALTEN.

Schritte zu einem Nachhaltigen Österreich

**Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung:
Fortschrittsbericht 2006**

Vorwort

Nachhaltige Entwicklung hat sich zu einem anerkannten Leitbild von Nationen, Regionen, Gemeinden und Betrieben entwickelt. Die „Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“ hat im Jahr 2002 dazu ein integratives Gesamtkonzept geschaffen und anspruchsvolle Ziele gesetzt. Ihre Umsetzung wurde bisher in zwei Arbeitsprogrammen und einem Fortschrittsbericht dokumentiert.

Der vorliegende Fortschrittsbericht zeigt weitere Schritte zu einem Nachhaltigen Österreich auf, die in den letzten zwei Jahren gesetzt wurden. Die Palette der vorgestellten Projekte reicht von der Bundesebene über Kooperationen mit Bundesländern bis zu Projekten in der alleinigen Verantwortung der Bundesländer. Ferner werden neue wissenschaftliche Ergebnisse präsentiert: In einer vom Forum Nachhaltiges Österreich erstellten Trend-Studie wurden sechs Schlüsselherausforderungen identifiziert. Die Ende 2005 fertig gestellte externe Evaluation der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie hat Anregungen zur Verbesserung der Umsetzungsprozesse erbracht, aus denen im vorliegenden Fortschrittsbericht erste Konsequenzen abgeleitet werden. Damit wird auch auf die Anforderungen der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie Bedacht genommen und eine bessere Abstimmung zwischen nationaler und EU-Ebene ermöglicht. Im Anhang findet sich die aktuelle Darstellung der Entwicklung jener 48 Indikatoren, die als Monitoring-Instrument der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie konzipiert wurden.

Im Jahr der österreichischen Ratspräsidentschaft bekennt sich die österreichische Bundesregierung damit zu ihrer Verantwortung für ein nachhaltiges Österreich und zu einer aktiven Rolle in einem nachhaltigen Europa. Der vorliegende Bericht der Bundesregierung wendet sich an alle gesellschaftlichen Gruppen, um sie zur Teilnahme an der Umsetzung einzuladen, sowie an die breite Öffentlichkeit, um weiterhin einen transparenten Umsetzungsprozess zu garantieren. Er wurde vom Komitee für ein Nachhaltiges Österreich erstellt vom Forum Nachhaltiges Österreich kommentiert und in weiterer Folge politisch akkordiert.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Österreich in einem nachhaltigen Europa.....	5
Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie im europäischen Vergleich	5
Der österreichische Beitrag zur Beschlussfassung einer erneuerten Strategie der EU zur Nachhaltigen Entwicklung 5	
Das European Sustainable Development Network – eine österreichische Initiative	6
Neue Projekte für ein Nachhaltiges Österreich.....	7
Soziale Nachhaltigkeit	7
Integrative Maßnahmen zur langfristigen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	7
Der Jugend eine Chance: Job-Coaching und Vermittlungsprojekt.....	8
Sonderprogramm für ältere ArbeitnehmerInnen.....	8
Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen	8
Sonderprogramm für Behinderte.....	9
Stärkung der Position und Entlastung der pflegenden Angehörigen.....	9
Nachweis über Freiwilligenarbeit	9
Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche und Entscheidungsprozesse einbringen	9
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	10
Arbeitsmarktpolitik für Frauen	10
Projekt FinanzCoaching.....	11
Nachhaltiger Lebensstil	11
Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH	11
Kennzeichnung genetisch veränderter Lebensmittel	12
Sport als Dienstleister im Gesundheitssystem.....	12
Forschungsprogramm proVISION –Ausschreibungen.....	13
Europäische Fachkonferenz „Umweltfreundlich Reisen in Europa – Herausforderungen und Innovationen für Umwelt, Verkehr und Tourismus“.....	14
Leitfaden “Greening Events”	15
Nachhaltiger Wirtschaftsstandort Österreich	16
CSR Austria neu als respACT austria.....	16
Impulsprogramm Nachhaltig Wirtschaften – neue Ausschreibungen.....	16
Programm zur Förderung des Kombinierten Güterverkehrs - Schiene-Straße-Schiff	17
Umsetzung des Generalverkehrsplans (GVP-Ö)	18
Donauausbau östlich von Wien.....	18
Regionalcluster Hartberg	18
Methodenbuch zum Leitfaden „Reporting about Sustainability	19
Partnerschaft zwischen Österreich und der Volksrepublik China in den Bereichen Energie und Umwelttechnik.....	19
Österreichische Umsetzung des Europäischen Umwelttechnologieplans.....	20
Schwerpunktthema Nachhaltige Energie	20
Präsidenschaftskonferenz 'Energy Paths - Horizon 2050'.....	20
Strategieprozess Energie 2050:.....	20
Mitwirkung an den Forschungsprogrammen der Internationalen Energieagentur (IEA).....	21
Aktivitäten zur Forcierung erneuerbarer Energieträger	21
Die Klimaschutz-Beratungsoffensive: 23 klima:aktiv Programme	22
Österreichische Wasserstoff- und Brennstoffzelleninitiative A3PS	22
Qualifizierung zum Europäischen Energie Manager	23
Energieeffizienzoffensive für KMU	23
Richtlinie zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen	24
Innovation und Klima – das Klimaforum der österreichischen Wirtschaft.....	24
Globale Verantwortung	24
Verstärkte Armutsbekämpfung durch Anhebung der Entwicklungshilfeleistungen.....	24
Informationskampagne zur WTO Ministerkonferenz 2005	25
Förderung von Politiken im Bereich Menschenrechte/menschliche Sicherheit	25

Fair Trade	26
Ausgewählte Projekte der Entwicklungszusammenarbeit.....	26
Good Governance – neue Formen der Politikgestaltung	27
Studienprojekt „Ablauf zur Entwicklung von nachhaltigen Politiken und Rechtsakten“	27
Projekt „Entwicklung von Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“	27
Der zweite Nachhaltigkeitsbericht des Lebensministeriums.....	28
Nachhaltigkeits-Initiativen der Bundesländer.....	29
Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft.....	29
Lokale Agenda 21 in Niederösterreich	29
Verkehrsparen Wienerwald.....	30
Sprit sparend Fahren – eine Initiative in Niederösterreich.....	30
Lokaler Aktionsplan für Beschäftigung und Bildung Munderfing (OÖ)	30
Klimarettung – eine oberösterreichische Breitenkampagne	31
Das oberösterreichische 100-Gemeindenprogramm zur Lokalen Agenda 21.....	31
WIN-Bau - Impulse für eine innovative und nachhaltig orientierte steirische Bauwirtschaft	32
Schul-Umweltwochen Steiermark	32
Bio-Lebensmittel in steirischen Großküchen.....	33
Nachhaltiges Abfall(wirtschafts)konzept in steirischen Gemeinden	33
Agendawettbewerbe in Salzburg	34
Nachhaltigkeits-ProjektCheck für Tiroler Unternehmen	34
Das Gurgltal - Regionale Agenda	35
Unternehmen.V und Unternehmen.21 - Grenzüberschreitendes Label für Nachhaltige Entwicklung	35
Jugendprogramm der Bodensee Agenda 21	36
Biosphärenpark Großes Walsertal – Modellregion mit Zukunft.....	36
Wiener Strategien für Nachhaltige Entwicklung	37
Wiener Programme für Nachhaltige Entwicklung.....	38
Ökokauf Wien38	
Aktuelle Herausforderungen	40
Weichenstellungen für ein Nachhaltiges Österreich.....	40
Ausblick auf die nächsten Umsetzungsschritte	40
Abstimmung mit der erneuerten europäischen Nachhaltigkeitsstrategie	40
Strategische Planungsfunktion des „Komitee Nachhaltiges Österreich“ stärken.....	41
Stärkere Einbindung der Länder in die Umsetzung.....	41
Aktivere Rolle des Forums Nachhaltiges Österreich.....	42
Bildung für nachhaltige Entwicklung forcieren.....	42
Indikatoren zum Monitoring nachhaltiger Entwicklung und ihre Regionalisierung.....	43
Impact Assessment.....	43
Anhang	47
Anhang 1	Ausgewählte Ergebnisse der Studie "Nicht-nachhaltige-Trends"
Anhang 2	Ausgewählte Ergebnisse der "Evaluation der Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung"
Anhang 3	Indikatoren-Bericht

Österreich in einem nachhaltigen Europa

Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie im europäischen Vergleich

„Die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie gehört im internationalen Vergleich in die Spitzengruppe der diesbezüglichen Vorhaben. Wesentliche Charakteristika des Umsetzungsprozesses der Nachhaltigkeitsstrategie in Österreich sind traditionell ausgeprägte partizipative Mechanismen und damit intensiver Dialog mit und unter den gesellschaftlichen Gruppen sowie eine breit ausdifferenzierte Palette von Institutionen und Mechanismen zur Umsetzung der Strategie.“ Zu diesem Ergebnis kommt die im Dezember 2005 abgeschlossene erste externe Evaluation der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie. Ein internationales Evaluationsteam hat dazu nicht nur die Umsetzungsmechanismen und –prozesse untersucht, sondern die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie mit den Strategien anderer Länder verglichen. Österreichs umfassende, sektorübergreifende und multidimensionale Nachhaltigkeitsstrategie entspricht einem internationalen Trend. Während viele andere Länder auf eine Quantifizierung von Zielen und Operationalisierung von Umsetzungsschritten verzichten, bietet Österreichs Nachhaltigkeitsstrategie schon seit Beginn eine klare Orientierung durch Leitziele, Indikatoren und Umsetzungsmechanismen. Während die Nachhaltigkeitsstrategien einiger anderer Länder als Regierungsprogramme, Parlamentsbeschlüsse oder Verfassungsprinzipien verfasst wurden, geht die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie auf einen Ministerratsbeschluss im Jahr 2002 zurück, der gleichzeitig der Beginn ihrer Umsetzung war. Während in anderen Ländern parlamentarische Ausschüsse oder neue Institutionen die Umsetzung der Strategien betreiben, liegt die Verantwortung in Österreich beim Komitee für ein Nachhaltiges Österreich, einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe hochrangiger VertreterInnen der Verwaltung und der Sozialpartner. Während in vielen Ländern die Beteiligung der Öffentlichkeit im Umsetzungsprozess nur ad-hoc erfolgt, wurde durch das Forum Nachhaltiges Österreich eine Institution aus Wissenschaft und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) geschaffen, die den Umsetzungsprozess kritisch begleitet und zu seiner kontinuierlichen Verbesserung beiträgt. Somit zeichnet sich Österreichs Nachhaltigkeitsstrategie durch breite Umsetzungsaktivitäten und einen partizipativen Umsetzungsprozess aus.

Der vorliegende Fortschrittsbericht ist in dieser Tradition verfasst: er bietet einen Überblick über Breite und Innovationskraft der nationalen Umsetzungsanstrengungen der letzten zwei Jahre, fasst neueste wissenschaftliche Ergebnisse zusammen und gibt einen Ausblick auf die kommenden Umsetzungsschritte. Aber auch auf internationaler Ebene wurden in den letzten zwei Jahren und besonders unter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wichtige Schritte in Richtung einer Nachhaltigen Entwicklung gesetzt.

Der österreichische Beitrag zur Beschlussfassung einer erneuerten Strategie der EU zur Nachhaltigen Entwicklung

Durch die vom Europäischen Rat von Göteborg im Juni 2001 beschlossene EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde eine Entwicklung eingeleitet, mit welcher Wirtschaftswachstum, ein stärkerer sozialer Zusammenhalt und eine bessere Umwelt erreicht werden können. Im Zuge des Amtsantrittes der neuen Kommission im Jahr 2004 wurde die Überarbeitung der Strategie in Angriff genommen. Dazu legte die Kommission im Dezember 2005 eine Mitteilung mit drei Anhängen vor, die den bisherigen Überprüfungsprozess zusammenfasst und Grundzüge für die künftige Ausrichtung der Strategie enthält; sie bildet die Grundlage der Verhandlungen über eine erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie. Im Anschluss an die Vorlage der Kommissionsmitteilung kündigte der Europäische Rat im

Dezember 2005 die Annahme einer erneuerten, ehrgeizigen und umfassenden Strategie mit Zielen, Indikatoren und einem wirksamen Beobachtungsverfahren am Europäischen Rat im Juni 2006 an. Aufgrund des Querschnittscharakters des Themas behandelt Österreich die Überarbeitung der Strategie in der speziellen Ratsarbeitsgruppe „Freunde der Präsidentschaft“. Um den notwendigen politischen Input zu erhalten und dem sektoralen Ansatz der EU-Nachhaltigkeitsstrategie Rechnung zu tragen, wurden auch die betroffenen Ratsformationen (Umwelt, Verkehr und Energie, Außenbeziehungen, Landwirtschaft/Fischerei, Wettbewerbsfähigkeit, Finanzen, Bildung, Gesundheit und Soziales/Beschäftigung) befasst. Das Europäische Parlament, der Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Ausschuss der Regionen sowie zahlreiche Stakeholder haben die Gelegenheit zur Stellungnahme genutzt. Aufbauend auf diesen Beiträgen, hat der Europäische Rat im Juni 2006 eine erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, die das übergeordnete Ziel verfolgt, die Lebensqualität der heutigen und zukünftigen Generationen durch Ziele und Maßnahmen in sieben Schlüsselbereichen zu verbessern:

- Klimaschutz und saubere Energie
- Nachhaltiger Verkehr
- Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster
- Management der natürlichen Ressourcen
- Öffentliche Gesundheit
- Soziale Eingliederung, Migration und Demografie
- Armutsbekämpfung und globale Herausforderungen

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Frage der effektiven Umsetzung der Strategie, bei der den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien eine wichtige Rolle beigemessen wird.

Das European Sustainable Development Network – eine österreichische Initiative

Schon im Jahr 2003 fand auf österreichische Initiative hin die zweite von bislang vier Konferenzen statt, die dem Erfahrungsaustausch von Umsetzungsverantwortlichen nationaler Nachhaltigkeitsstrategien aus ganz Europa dienen. Damit konnte ein informelles europäisches Netzwerk zur Umsetzung von nationalen Nachhaltigkeitsstrategien und der Vernetzung mit der EU Nachhaltigkeitsstrategie geschaffen werden, das politische Lernprozesse grenzüberschreitend ermöglichen und durch regelmäßige Konferenzen intensivieren soll. Österreich hat sich mit der Initiative zu einem Vorreiterland in der europäischen Nachhaltigkeitspolitik gemacht. Anfang 2006 wurden diese Bemühungen im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft mit der Gründung des European Sustainable Development Network (ESDN) auf eine verbesserte institutionelle Basis gestellt. Durch den im Rahmen des ESDN angestrebten Erfahrungsaustausch sollen politische Lernprozesse kontinuierlich gefördert und damit die Umsetzung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien sowie der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie unterstützt werden. In diesem Sinne unterstützt das ESDN auch die europäische Initiative zum „Peer Review“ nationaler Nachhaltigkeitsstrategien durch Informationen, Beratung und Verbreitung von Erfahrungen. Das eigens eingerichtete ESDN Office unterstützt die Vorbereitung der jährlichen Konferenzen inhaltlich und organisatorisch, bringt einen vierteljährlichen Newsletter zu umsetzungsrelevanten Themen heraus, bietet Informationsdienstleistungen für die Netzwerk-Mitglieder und unterstützt diese bei der Vorbereitung von Positionspapieren. Außerdem soll die vom ESDN Office betreute Website www.sd-network.eu als „one-stop-shop“ alle relevanten Informationen zu Nachhaltigkeitsstrategien in Europa zusammenfassen und als Kommunikationsplattform sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch gegenüber der interessierten Fachöffentlichkeit dienen.

Internet: www.sd-network.eu

Neue Projekte für ein Nachhaltiges Österreich

Seit dem letzten Fortschrittsbericht wurde konsequent an der Umsetzung der dort dokumentierten Projekte gearbeitet. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl neuer Projekte ausgearbeitet, die zur Erreichung der Ziele der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie beitragen. Für jede Maßnahme wurden klare Zuständigkeiten (Federführung, Co-Federführung), kooperative Elemente der Umsetzung (Beteiligte), verlässliche Zeitpläne, sowie Zwischenziele fixiert. Die nachfolgend präsentierten Beispiele sollen die Breite dieser Umsetzungsanstrengungen und Innovationskraft der Umsetzungsverantwortlichen aufzeigen. Dabei werden auch Projekte dargestellt, die in Kooperation mit den Bundesländern oder in deren eigenem Verantwortungsbereich umgesetzt werden.

Soziale Nachhaltigkeit

Integrative Maßnahmen zur langfristigen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Um der Jugend den unmittelbaren Einstieg ins Erwerbsleben zu ermöglichen, wurde Maßnahmenbündel mit dem Ziel entwickelt, die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben durch Kostenentlastung langfristig zu steigern und die Qualifizierung und Integration von Jugendlichen zu fördern. Das Jugend-Paket umfasst:

- die kontinuierliche Ausweitung des Mitteleinsatzes in der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche unter 25 Jahren
- Qualifizierungsoffensive im Rahmen der Initiative „Unternehmen Arbeitsplatz“:
 - Ein Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, wobei vor allem auch junge Frauen und PflichtschulabgängerInnen ohne weitergehende schulische Abschlüsse einbezogen werden.
 - Die Förderung von vollversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen mit einem monatlichen Bruttoentgelt von € 1.000,- von Personen unter 25 Jahren, die länger als 12 Monate arbeitslos vorgemerkt sind, durch einen Lohnkostenzuschuss für ArbeitgeberInnen bzw. einer Beihilfenzahlung für ArbeitnehmerInnen.
 - Die Förderung zusätzlicher Lehrstellen: Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen in Unternehmen und Ausbildungseinrichtungen durch Zahlung eines monatlichen Zuschusses zu den Kosten der Lehrausbildung.
- Information, Beratung, Vermittlung, Förderung in allen Regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice und in 60 Berufsinformationszentren
- Bereitstellung von zusätzlichen Lehrausbildungsplätzen für Lehrstellensuchende, die nach Beendigung ihrer Schulpflicht keine Lehrstelle gefunden haben.
- Weiterentwicklung und Förderung des dualen Systems zum Beispiel durch Modularisierung der Lehrausbildung, neue bzw. modernisierte Lehrberufe sowie „Lehre ohne Barriere“ mit der „Integrativen Berufsausbildung“
- Durch den Europäischen Pakt für die Jugend sind auch die JugendministerInnen der Mitgliedsstaaten aufgefordert, sich nachhaltig für Jugendbeschäftigungsbelange zu engagieren. In Österreich wurde diesem Anspruch durch die Bildung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "IMAG Jugendpakt" Rechnung getragen, deren Aufgabe es ist, unter Einbindung der Länder, Sozialpartner und Jugendorganisationen, die im Beschäftigungsbereich für Jugendliche gesetzten Initiativen aufeinander abzustimmen und weitere nachhaltige Maßnahmen zugunsten der Jugend zu erarbeiten.

Der Jugend eine Chance: Job-Coaching und Vermittlungsprojekt

Die Wirtschaftskammer Österreich hat im Herbst 2005 gemeinsam mit dem AMS das Jobcoaching- und Vermittlungsprojekt „Der Jugend eine Chance“ gestartet. Jede jugendliche ProjektteilnehmerIn bekommt einen persönlichen Coach zur Seite gestellt, die als BeraterIn und HelferIn zur Verfügung steht. Sie soll die Jugendlichen begleiten und ihnen helfen, einen Job zu erhalten. In einem vorgeschalteten achtwöchigen Qualifizierungsmodul werden die Jugendlichen fit für die Praxis gemacht, anschließend beginnt die Vermittlungsphase. Im Vordergrund des Projekts „Der Jugend eine Chance“ steht eine pragmatische und zielorientierte Vermittlung. Auch nach erfolgter Arbeitsaufnahme werden die Jugendlichen regelmäßig in Form von Einzelcoachings betreut, um die Beschäftigungsverhältnisse zu sichern.

Internet: www.wko.at

Sonderprogramm für ältere ArbeitnehmerInnen

Im Rahmen eines dreijährigen Sonderprogramms zur Förderung der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen wurden Mittel von der Bundesregierung und den Sozialpartnern dem österreichischen Arbeitsmarktservice zur Abwicklung von Projekten zur Verfügung gestellt. Die Zielsetzungen für dieses Sonderprogramm sind die Unterstützung bei der Gestaltung von altersgerechten Arbeitsplätzen und der Betriebsorganisation, damit Arbeitslosigkeit erst gar nicht entsteht, sowie die Unterstützung bei der Wiedereingliederung oder (Re-)Qualifizierung älterer Arbeitssuchenden oder älterer ArbeitnehmerInnen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Von den Sozialpartnern werden ferner gemeinsame Sensibilisierungsmaßnahmen wie Veranstaltungen, Publikationen und eine Homepage (www.arbeitundalter.at) mit dem Ziel der Erhöhung der Beschäftigungsquote organisiert. Darüber hinaus hat die Wirtschaftskammer Österreich seit 2004 ein eigenes Schwerpunktprogramm für den Themenbereich „Arbeit und Alter“ eingerichtet. In Kooperation mit den Landeskammern und den regionalen Wirtschaftskammervertretungen werden betriebliche Sensibilisierungsprojekte und Beratungsaktionen für eine altersgerechte Arbeitswelt durchgeführt. Des weiteren wird seit 2004 der Wettbewerb "Nestor" veranstaltet, bei dem Unternehmen ausgezeichnet werden, die spezielle innerbetriebliche Maßnahmen für ältere ArbeitnehmerInnen und für ein altersgerechtes Arbeitsumfeld setzen.

Internet: www.nestor.at, www.arbeitundalter.at

Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Ausgehend vom Benachteiligungsverbot des Art. 7 B-VG und als Umsetzung der Rahmenrichtlinie 2000/78 der EU wurde am 6. Juli 2005 das Behindertengleichstellungspaket im Nationalrat beschlossen (BGBl. I Nr. 82/2005), das am 1. Jänner 2006 in Kraft getreten ist. Mit dem Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz sowie der Novelle zum Behinderteneinstellungsgesetz sollen Diskriminierungen in allen Lebensbereichen beseitigt oder verhindert werden und Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglicht werden. Das neue Behindertengleichstellungsrecht enthält ein Diskriminierungsverbot und als Sanktion die Möglichkeit einer Klage auf Schadenersatz - entweder in Form einer Einzelklage oder als Verbandsklage der ÖAR. Vor einer Klage muss jedoch ein Schlichtungsverfahren beim Bundessozialamt (BSB) durchgeführt werden, in dem auch professionelle Mediation angeboten wird. Mit der Novelle zum Bundesbehindertengesetz wurde ein unabhängiger Behindertenanwalt beim BMSG eingerichtet, der betroffene Menschen in Diskriminierungsfällen beraten und unterstützen soll. Mit einer Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes (BGBl. I Nr. 81/2005) wurde die österreichische Gebärdensprache verfassungsrechtlich anerkannt.

Internet: www.bmsg.gv.at

Sonderprogramm für Behinderte

Im Rahmen der Initiative „Unternehmen Arbeitsplatz“ wird im Jahr 2006/2007 die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in einem speziellen Sonderprogramm mit dem Instrument der Eingliederungsbeihilfe sowie in sozial-ökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten in verstärktem Ausmaß gefördert. Anlässlich dieses Sonderprogramms ist vorgesehen, zusätzlich 3.000 behinderte Personen zu fördern. Für die Umsetzung wird ein Mitteleinsatz von rund 18 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Internet: www.job06.at

Stärkung der Position und Entlastung der pflegenden Angehörigen

Die Verbesserung der finanziellen Situation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen stellt einen wichtigen Punkt zur Verbesserung des Systems der Pflegevorsorge dar. So ist es gelungen, eine Erhöhung des Pflegegeldes um 2 % mit Wirkung vom 1. Jänner 2005 durchzusetzen. Durch diese Valorisierung steht jährlich ein Betrag von rund 30 Mio. € zusätzlich zur Verfügung.

Mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2005 wurde die sozialversicherungsrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger mit Wirkung vom 1. Jänner 2006 weiter verbessert. Im Rahmen dieser Novelle wurde eine neue begünstigte Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege eines nahen Angehörigen, mit einem Anspruch auf Pflegegeld zumindest in Höhe der Stufe 3, geschaffen. In diesen Fällen übernimmt der Bund, wie bei der bereits bestehenden Möglichkeit der begünstigten Weiterversicherung in der Pensionsversicherung, den fiktiven Dienstgeberbeitrag. Die selbstversicherte Pflegeperson hat einen monatlichen „Eigenbeitrag“ in der Höhe von 138,38 € zu leisten. Die neue Selbstversicherung kann auch neben einer die Pflichtversicherung begründenden Erwerbstätigkeit bestehen.

Internet: www.bmsg.gv.at

Nachweis über Freiwilligenarbeit

Mit dem am 28. Oktober 2003 konstituierten „Österreichischen Rat für Freiwilligenarbeit“ wird das Ziel verfolgt, das hohe Niveau der Freiwilligenarbeit in Österreich zu gewährleisten, zu unterstützen und zu fördern. Mit dem 2006 veröffentlichten Nachweis über Freiwilligenarbeit ist es erstmals möglich, die in der Freiwilligenarbeit trainierten oder erlernten persönlichen und fachlichen Fähigkeiten objektiv zu dokumentieren. Der Nachweis über Freiwilligenarbeit ist somit ein Beitrag, welcher durch die Aufwertung von Zusatzqualifikationen einen weiteren Schritt auch in der europäischen Jugend-, Beschäftigungs- und Integrationspolitik darstellt. Dieser Nachweis trägt durch Aufwertung des nicht-formellen und informellen Lernens und nicht zuletzt auch zur Umsetzung der Europäischen Strategie des lebenslangen Lernens bei.

Internet: www.bmsg.gv.at, www.freiwilligenweb.at

Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche und Entscheidungsprozesse einbringen

Die Bundesverwaltung befindet sich in einer intensiven Phase der Umsetzung von Gender Mainstreaming. Durch zahlreiche Informationsveranstaltungen, Schulungen und Workshops sind seit 2000 ausreichende Informationen über Gender Mainstreaming in alle Ministerien transportiert worden. Pilotprojekte (es sind inzwischen über 60) sind großteils umgesetzt, mit konkreten Zielsetzungen und Aufgabenstellungen hinreichend konkretisiert und ins Laufen gebracht worden.

Mit dem dritten Regierungsbeschluss zu Gender Mainstreaming vom 9. März 2004 konnten zusätzliche Handlungsfelder zur Umsetzung des Gender Mainstreaming Prinzips definiert werden.

Eines davon ist Gender Budgeting, die Analyse budgetärer Maßnahmen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer. Mit der Haushaltsrechtsreform 2006 wurde das Ziel einer geschlechtergerechten Budgetgestaltung ebenso wie die Anwendung der Gender Budgeting Analyse in die Finanzverfassung aufgenommen.

Nächstes Ziel ist die routinemäßige Aufnahme von GM in das Verwaltungshandeln, das durch ein GM-Leitfadenpaket für die Bereiche Gesetzgebung und Haushaltspolitik gewährleistet werden soll. Zusätzlich wird die Verankerung von GM im Gesundheitswesen mit einem GM-Leitfaden forciert, der die Grundlage für eine routinemäßige Anwendung von GM sowohl bei der Dienstleistungserbringung (geschlechtergerechte Medizin und Pflege) als auch in der Personal- und Organisationsentwicklung darstellen soll.

Internet: www.bmgf.gv.at, www.imag-gendermainstreaming.at

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Im Juni 2005 wurde die Österreichische Familienallianz ins Leben gerufen - eine offene Plattform, die durch die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft aktiv zur Gestaltung einer familienorientierten Arbeitswelt beitragen wird und einen kulturellen Wertewandel hin zu mehr Familienfreundlichkeit in der Gesellschaft erreichen will. Die Österreichische Familienallianz orientiert sich an zeitgemäßen familien- und interessenpolitischen Prinzipien – das sind: Wahlfreiheit, Partnerschaftlichkeit, Solidarität, Innovation, Nachhaltigkeit, Transparenz und Öffentlichkeit. Um die Umsetzung der Vorhaben auch operativ optimal zu gestalten, wurde die „Familie und Beruf Management GmbH“ als Koordinierungsstelle gegründet. Diese Koordinierungsstelle wurde als Pilotprojekt im Rahmen eines von der Europäischen Kommission geförderten Projektes entwickelt und soll die Wirksamkeit der Maßnahmen und Aktivitäten der Familienallianz gewährleisten. Die Koordinierungsstelle wird darüber hinaus bereits bestehende innovative Projekte im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wie etwa das Audit „FAMILIE und BERUF“, das Audit „familien-freundliche Gemeinde“, den Bundeswettbewerb „Frauen- und familienfreundlichster Betrieb“ und auch das Projekt „Familienkompetenzen - Schlüssel für mehr Erfolg im Beruf“ sowie die Förderung innovativer Kinderbetreuungsmodelle weiterführen.

Internet: www.bmsg.gv.at, www.familienallianz.gv.at

Arbeitsmarktpolitik für Frauen

Die Bundesregierung hat im Rahmen des „Unternehmen Arbeitsplatz“ zusätzlich zu den geplanten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine umfangreiche Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive für Arbeit suchende Frauen gestartet. Insgesamt werden an der Qualifizierungsoffensive zusätzlich zum Regelförderprogramm 2006 ca. 9.500 Frauen teilnehmen. Inhaltliche Schwerpunkte werden im Bereich der handwerklich-technischen Berufe sowie der neuen Technologien gesetzt und zertifizierte Ausbildungen werden forciert. Eine weitere Schwerpunktsetzung erfolgt bei der Beschäftigungsförderung für Wiedereinsteigerinnen. Durch eine finanzielle Unterstützung für Betriebe zur Einstellung von Frauen nach einer familienbedingten Unterbrechung werden etwa 5.800 Frauen zusätzlich zum Förderprogramm bei der Reintegration ins Erwerbsleben unterstützt.

Internet: www.job06.at

Projekt FinanzCoaching

Im Rahmen eines EU-Projekts wurde im Jahr 2005 das Kooperationsmodell FinanzCoaching als Modell für die Zusammenarbeit zwischen Schuldnerberatungen und sozialen und arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen entwickelt - mit dem Ziel, mehr überschuldete Privatpersonen mit den vorhandenen Ressourcen betreuen zu können. Dabei handelt es sich um gezielte Bildungsmaßnahmen, um sozialen Einrichtungen eine alltagspraktische Anleitung für Schuldenregulierung zu liefern. Vorrangiges Ziel ist dabei die Vernetzung und Zusammenarbeit von Schuldnerberatungen mit Einrichtungen des Arbeitsmarktes, der KonsumentInnenberatung, öffentlichen Beratungsstellen und Sozialberatungen, um damit die bevorrechteten SchuldnerInnenberatungsstellen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Durch die Entwicklung überregionaler und vernetzter Strategien und den Austausch zwischen den betroffenen Stellen werden so Lösungsmodelle entwickelt, die eine effizientere Behandlung der SchuldnerInnenproblematik ermöglichen und auch langfristig einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Armut leisten. Die Verbreitung des Wissens der SchuldnerInnenberatungsstellen auch auf andere soziale Einrichtungen durch gezielte Informationskampagnen soll weiters die Bevölkerung hinsichtlich der Schuldenproblematik sensibilisieren und mehr Verständnis für die Probleme anderer schaffen.

Internet: www.bmsg.gv.at

Nachhaltiger Lebensstil

Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH

Die Stärken Österreichs sind seine große Anzahl an unverwechselbaren Regionen und die darin produzierten kulinarischen Spezialitäten. Die Regionen schaffen mit ihrer Landwirtschaft und ihren kulinarischen Angeboten eine unverwechselbare Marke. Um dem Wunsch nach regionaler Identität vermehrt nachzukommen wurde die Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH ins Leben gerufen. Kurze Transportwege garantieren frische Produkte und leisten einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Dabei werden regionale Spezialitäten hervorgehoben und ein Beitrag für attraktive, starke und zukunftsorientierte Regionen geleistet. Neben nachwachsenden Rohstoffen ist die Stärkung der Regionen ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Ausrichtung der österreichischen Landwirtschaft. Die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern, der verarbeitenden Betriebe und der Gastronomie in den Regionen wird auf diese Weise für die KonsumentInnen sichtbar gemacht. Gleichzeitig wird das Bewusstsein gestärkt, dass Kulturlandschaft und die darin produzierten hochwertigen Lebensmittel eine Einheit bilden und den Regionen ihren Charakter geben. Ein wesentliches Ziel ist es die Kooperation von Landwirtschaft, Gewerbe, Gastronomie, Tourismus und Handel zu fördern. Weil die Kulturlandschaft und die darin produzierten Produkte im Mittelpunkt stehen, ist eines der wichtigsten Kriterien für die Auszeichnung zur GENUSS REGION ÖSTERREICH, dass der Rohstoff für die Spezialitäten aus der Region stammt und auch dort verarbeitet wird. Weitere wichtige Punkte sind die Verankerung der Produkte in der lokalen Gastronomie, regelmäßige Informations- und Marketingveranstaltungen in den Regionen sowie die Vermarktung der Produkte vor Ort – etwa durch Ab-Hof-Verkauf oder andere Angebote. Insgesamt wurden seit April 2005 bereits 25 Regionen mit 28 Leitprodukten ausgezeichnet. 2006 werden rund 30 weitere Regionen dazukommen.

Internet: www.lebensministerium.at, www.genuss-regionen.at

Kennzeichnung genetisch veränderter Lebensmittel

Seit April 2004 gilt EU-weit eine strenge Kennzeichnungspflicht für genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel. Genetisch veränderte Organismen (GVO) können erstmals „vom Feld bis zum Teller“ verfolgt werden. Durch die Kennzeichnung erhalten die VerbraucherInnen umfassende Informationen darüber, ob Lebensmittel GMO enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt wurden. Die Einzelheiten der Kennzeichnung genetisch veränderter Lebensmittel wurden in einer Informationsbroschüre dargestellt und erläutert. Ein Stakeholder-Workshop untersuchte, inwiefern die nunmehrige Kennzeichnungssituation die Forderung nach Wahlfreiheit für VerbraucherInnen in hinreichendem Maße einlöst. Der aktuelle Stand gentechnikrelevanter Kennzeichnungen wurde präsentiert und in einem Forschungsbericht dokumentiert und veröffentlicht. Die Kennzeichnungspflicht gilt nicht für Produkte von Tieren, die mit genetisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden (z.B. Milch, Fleisch und Eier). Bei der freiwilligen Kennzeichnung „gentechnikfrei erzeugter“ Lebensmittel gemäß dem österreichischen Lebensmittelbuch und bei Bio Produkten dürfen keine genetisch veränderten Futtermittel verwendet werden. Gentechnikfreiheit ist auch eine Anforderung an Produkte aus dem Fairen Handel, die das Fairtrade Gütesiegel tragen. Bio und Fairtrade sind besondere Kennzeichnungen, die über den Aspekt der Gentechnikfreiheit hinausgehen.

Internet: www.bmgf.gv.at

Sport als Dienstleister im Gesundheitssystem

Bewegung und Sport erhalten im Rahmen der geführten politischen Diskussion um die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems verstärkte Aufmerksamkeit in Hinblick auf die in ihnen schlummernden Kosten sparenden Potenziale. Der bereits jetzt vorhandene Level an Sportausübung in Österreich bringt auch nach Abzug der sozioökonomischen Kosten verursacht durch Sportunfälle einen positiven volkswirtschaftlichen Saldo in der Höhe von € 263,7 Mio. pro Jahr.

Bei der Nutzung des Präventionspotentials von Bewegung und Sport für den Gesundheitsbereich stehen wir allerdings erst am Anfang. Wiewohl der Bereich Früherkennung, Gesundheitsförderung, Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung bei den Ausgaben der Krankenversicherungen nur einen sehr geringen Anteil ausmachen und das Einsparungspotential daher als enorm zu bezeichnen ist. Die positiven medizinischen und volkswirtschaftlichen Aspekte und Effekte von präventiven Sportangeboten können als unbestritten bezeichnet werden. Ein Ziel ist es, dass Bewegung und Sport vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger und den Krankenkassen „als Dienstleister im Gesundheitssystem“ anerkannt wird und damit eine Aufnahme in deren Leistungskataloge ermöglicht wird.

Mit der Initiative „Fit für Österreich“ trägt der organisierte Sport in Österreich dieser Entwicklung Rechnung. Der Sport tritt als Dienstleister im Gesundheitssystem auf.

Die mit „Fit für Österreich“ ausgezeichneten gesundheitsorientierten Bewegungsprogramme konzentrieren sich auf ein praxisnahes Angebot, die Ausbildung einer dauerhaften und individuellen Gesundheitskompetenz sowie einen freudvollen Zugang zur Bewegung. Angestrebt wird die Herausbildung eines gesunden Lebensstils durch Stärkung körperlicher, seelischer und sozialer Faktoren. Der Verletzungsprophylaxe wird dabei besonderes Augenmerk geschenkt. Das flächendeckende Angebot der Vereine der Sport-Dachverbände ASKÖ, ASVÖ und SPORTUNION bietet entsprechende Bewegungsprogramme an, die folgende Schwerpunkte beinhalten müssen, um das Qualitätssiegel „Fit für Österreich“ verliehen zu bekommen: ein Ausdauer förderndes Training für das Herz-Kreislauf-System (Nordic Walking, Laufen, Radfahren, Skiwandern/Skilanglauf,...); ein kräftigendes Training für den Bewegungsapparat (Rücken, Beckenboden,...); ein koordinatives Training

(Beweglichkeitstraining, Geschicklichkeits- und Gleichgewichtstraining, kleine Spiele,...) und ein ganzheitliches Training mit Schwerpunkt Entspannung.

Mit 1. Jänner 2006 wurden auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen, um solche Bewegungsinitiativen zu finanzieren. Mit der grundlegenden Novellierung des Bundes-Sportförderungsgesetzes wurden die finanziellen Mittel des organisierten Sports wesentlich erhöht und die Verteilung der Mittel auf Projektförderung mit Schwerpunktsetzungen umgestellt.

Internet: www.fitfueroesterreich.at

Forschungsprogramm proVISION – Ausschreibungen

Im Oktober 2004 startete das Programm proVISION. Vorsorge für Natur und Gesellschaft; im Jahr 2006 findet die zweite Ausschreibung statt. Gegenstand der ersten Ausschreibung waren Fragen nach Risiko und Unsicherheit hinsichtlich Klimawandel und Raumentwicklung sowie Fragen nach Chancen und Grenzen der Nachhaltigkeit. In der zweiten Ausschreibung werden Fragen nach Wohlstand und Kostengerechtigkeit und vorsorgenden Lebensweisen abgehandelt. Im Kontext dieser Themen erforscht proVISION die Funktionen und Leistungen der Ökosysteme nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenspiel mit der Dynamik gesellschaftlicher Vorgänge. Weil sich diese Forschung im Schnittfeld von Natur und Gesellschaft bewegt, ist proVISION angewiesen auf den Dialog mit der Gesellschaft. Unter anderen laufen nun folgende Projekte:

- Modellierung von gesellschaftlichen und öko-systemaren Stoff- und Materialflüssen
- Vergleich regionaler Klimaschutz-Strategien
- Management von Flusslandschaften mit Hilfe von Decision Support Systemen
- Globaler Wandel und dessen Einfluss auf Landschaft und Gesellschaft
- Strategien zur nachhaltigen Raumentwicklung von Tourismusregionen
- Netzwerk nachhaltiger Lebensstile
- Wissenschaftskommunikation der Nachhaltigkeit
- Partizipative Landschaftsvisualisierung
- Social Software als Werkzeug für gemeindeübergreifende Kommunikationsprozesse
- Modell Yspertal – Nachhaltigkeit für die Praxis
- Gender Mainstreaming in großen (Umwelt)Forschungsprogrammen
- Machbarkeitsstudie transdisziplinäres Graduiertenkolleg
- Entwicklung eines "Studium Integrale proVISION"
- Text und Sprache in proVISION

Darüber hinaus werden über institutionelle Partnerschaften langfristige Kooperationen etabliert: Wissenschaft und Praxis, Forschung und Bildung, Wissenschaft und Öffentlichkeit. In proVISION wird Internationalisierung gefördert, sowohl über die einzelnen Projekte als auch über Programmpartnerschaften, einerseits auf bi- und multilateraler Ebene, andererseits durch Beteiligung an den EU-Instrumenten ERA-Net (ERA: European Research Area) und Exzellenz-Netzwerk. proVISION ist Partner in Netzwerken zu folgenden Themen:

- Klimafolgenforschung (ERA-Net CIRCLE)
- wissenschaftliches Wissen für Umweltschutz (ERA-Net SKEP)
- integriertes Wassermanagement (ERA-Net IWR)
- Stadtforschung (ERA-Net URBAN-net)
- ökologische Langzeitforschung (Exzellenz-Netzwerk ALTERNET)

In proVISION kooperiert Forschung auch mit Bildung: ForschungsBildungsKooperation (FBK), eine spezielle Form transdisziplinärer Forschung, ist Teil jedes proVISION-Projektes. Das Arbeitsfeld der proVISION-FBK ist weit gesteckt: die projektbezogene Zusammenarbeit zwischen Schulen und Studierenden, Lehrgänge an Universitäten oder Akademien, Beteiligung von Museen, Gemeinden und Institutionen der Erwachsenenbildung. In den Kooperationen sollen unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen und unterschiedliche Bildungsinstitutionen mitwirken und österreichweit eine breite öffentliche Basis für nachhaltige Entwicklung schaffen.

Internet: www.bmbwk.gv.at, www.umweltbundesamt.at/provision

Europäische Fachkonferenz „Umweltfreundlich Reisen in Europa – Herausforderungen und Innovationen für Umwelt, Verkehr und Tourismus“

Am 30. und 31. Jänner 2006 hat im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft und der Präsidentschaft der Alpenkonvention in der Wiener Hofburg die Europäische Fachkonferenz „Umweltfreundlich Reisen in Europa“ stattgefunden. Dabei konnte auf Grundlage eines Wettbewerbes von Modellprojekten aus 15 Ländern nachgewiesen werden, dass zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung mit umweltfreundlichem Reisen hohe Synergien für Umwelt, Tourismus und Verkehr erzielbar sind und die Sektoren Umwelt, Verkehr und Tourismus erfolgreiche Partner sein können. 500 ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen aus 28 Ländern Europas verabschiedeten Maßnahmenempfehlungen für umweltfreundliche Mobilität im Tourismus und für Tourismusdestinationen Europas. Ziel ist es, das touristische Angebot in Richtung Nachhaltigkeit zu verbessern und gleichzeitig das Verkehrsaufkommen sowie die daraus resultierenden Umweltbelastungen zu verringern. Die Empfehlungen der Fachkonferenz richten sich an die Bereiche Verkehr, Tourismuswirtschaft, Tourismusdestinationen, Politik und Verwaltung auf EU-, nationaler und regionaler Ebene sowie Destinationen mit besonderen Herausforderungen. Touristische Ziele sollen künftig mit öffentlichen Verkehrsmitteln besser erreichbar sein. Die Bahnen sollen attraktive Urlaubsreisepackages anbieten, Barrieren für KundInnen bei der grenzüberschreitenden Bahnreise beseitigen, Kooperationen von Bahnen und Busgesellschaften aufbauen und den grenzüberschreitenden Bahn- und Busverkehr ausbauen. Für die Tourismuswirtschaft wird empfohlen, umweltfreundliche Mobilität in Tourismusprodukte und bestehende Labels zu integrieren sowie entsprechende Bewusstseinsbildung und Marketing zu forcieren. Die Destinationen sollen die Schaffung von verkehrsberuhigten und autofreien Zonen vorantreiben sowie attraktive kundenorientierte öffentliche Verkehrsangebote forcieren, damit die Gäste vor Ort auch ohne Auto mobil sein können. Auch die Förderung von emissionsfreien Fahrzeugen und Mobilitätsformen wie Radfahren und zu Fuß gehen zählen zu wichtigen Elementen eines attraktiven Urlaubs ohne Auto. Generell soll das Bemühen um eine Koordination der Ferienzeiten europaweit verstärkt werden. Zum Schutz besonders sensibler Tourismusgebiete wie Berge, Küsten, Städte und Flüsse oder Seen soll u.a. die Zusammenarbeit zwischen den Herkunftsgebieten der Reisenden und den Destinationen weiter intensiviert werden. Als konkretes und wirksames Modell für den Schutz von Bergregionen werden die Alpenkonvention und die Karpatenkonvention gesehen. Die rasche Ratifizierung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention soll angestrebt werden. Weiters werden die Förderung von Kooperationen zwischen Umwelt, Verkehr und Tourismus im Rahmen der EU-Strukturfonds und nationaler Förderprogramme sowie verstärkte Investitionen in den Ausbau der Bahninfrastruktur und der Angebote des öffentlichen Verkehrs empfohlen.

Internet: www.lebensministerium.at, www.bmwa.gv.at, www.bmvit.gv.at, www.eco-travel.at

Leitfaden „Greening Events“

Spätestens seit dem Weltgipfel von Johannesburg im Jahr 2002 hat sich die umweltgerechte und nachhaltige Ausrichtung politischer Konferenzen und multilateraler Veranstaltungen als internationaler Standard etabliert. Mit der Initiative „Greening the Austrian EU-Presidency 2006 – Greening Events“, die das Ziel verfolgte, Veranstaltungen im Rahmen des Ratsvorsitzes möglichst umweltgerecht und nachhaltig auszurichten, konnte Österreich während seiner EU-Präsidentschaft einen sehr konkreten Beitrag zur Umsetzung von Nachhaltigkeit leisten. Unter anderem geht es dabei um Fragen wie die Anreise der TeilnehmerInnen und die Mobilität während der Events, die Verpflegung (z.B. mit regionalen, biologischen oder Fair Trade Produkten), die Unterbringung (z.B. in Umweltzeichen-Betrieben), das Abfallmanagement, die umweltgerechte Beschaffung von Gastgeschenken und auch Themen wie Barrierefreiheit. Bei der Konferenz „Greening Events“ im Jänner 2006 diskutierten 200 ExpertInnen aus den EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz, Norwegen, Südafrika und Kanada über geeignete Rahmenbedingungen und Steuerungsinstrumente, die der Verwaltung zur Förderung von „Green Events“ zur Verfügung stehen. (Groß-)Veranstaltungen im Bereich Sport, Kultur, Wirtschaft und Politik bieten ein großes Potenzial, umweltgerecht, sozial verträglich und zugleich ökonomisch erfolgreich organisiert zu werden. Wichtige Erfolgsfaktoren für „Green Events“ sind eine frühzeitige Planung, ein intensiver Dialog und ein Miteinander von öffentlicher Hand und lokalen Akteuren aus Wirtschaft, den NGOs und der lokalen Bevölkerung. Die Initiative „Greening Events“ wirkt bereits weiter: Die Stadt Linz beispielsweise greift bereits bei den Planungsarbeiten für Linz als europäische Kulturhauptstadt 2009 dieses Konzept auf. Weitere künftige Groß-Events wie die Fußball-EM 2008 in Österreich/Schweiz und die Schi-WM-2011 in Schladming werden ähnliche nachhaltige Wege gehen. Das für die Konferenz erarbeitete Papier „20-Steps to Green Events“ versteht sich als konkrete Hilfestellung für OrganisatorInnen von Green Events. Als Planungshilfe wurde darüber hinaus ein detaillierter Leitfaden erarbeitet, der Empfehlungen und praktische Anleitungen zu verschiedenen Einsatzbereichen enthält. Aufgrund der positiven Ergebnisse im Rahmen der EU-Präsidentschaft wird daher eine verbindliche Anwendung des Leitfadens bei der Organisation von Veranstaltungen im Bereich der Bundesverwaltung empfohlen. Auf Vorschlag der Stadt Wien (MA 22) regt beispielsweise auch die europäische Städte-Vereinigung „Eurocities“ die Anwendung des Leitfadens an. Die Ergebnisse der geplanten Evaluation der Initiative „Greening Events“ sollen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Initiative genutzt werden.

Internet: www.lebensministerium.at, www.greening-events.at

Nachhaltiger Wirtschaftsstandort Österreich

CSR Austria neu als respACT austria

Die Initiative "CSR Austria: Wirtschaftlicher Erfolg mit gesellschaftlicher Verantwortung" hat wesentlich zur Bewusstseinsbildung und Begriffsklärung im Bereich unternehmerische Verantwortung/Nachhaltigkeit beigetragen und Österreich in Sachen Corporate Social Responsibility (CSR) zu den Vorreitern in der EU und darüber hinaus gemacht. 2005 wurde CSR-Austria mit dem Austrian Business Council for Sustainable Development (ABCSD) zu einer Plattform für unternehmerische Verantwortung, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsethik zusammengeführt. Mit der Plattform "respACT" können die Themenbereiche Nachhaltigkeit und unternehmerische Verantwortung erstmals konsequent gesamtheitlich aus Wirtschaftssicht besetzt werden. Die neue Struktur unterstreicht die aktive Rolle der Wirtschaft und erlaubt eine klarere Kommunikation sowohl nach innen (d.h. gegenüber den Unternehmen) als auch nach außen (d.h. gegenüber der Zivilgesellschaft). Sie kombiniert die Stärken von CSR Austria und dem ABCSD und erweitert die Finanzierungsbasis erheblich. Unter der Dachmarke "respACT" werden erfolgreich bestehende Projekte fortgeführt:

- Brückenschlag - ein Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte aus Unternehmen und Sozialeinrichtungen.
- CSR Lehrgang für UnternehmerInnen auf Basis des Leitfadens
- Verantwortliches Unternehmertum in Klein- und Mittelbetrieben (KMU)
- Branchenspezifischer KMU-CSR-Leitfaden
- INTERREG-Projekt "CSR regional in Kärnten"
- Arbeitsbuch "In 7 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht"
- CSR in Aus- und Weiterbildung: WU-Lehrgangsentwicklung

Folgende Veranstaltungen werden durchgeführt:

- Österreichischer CSR-Tag (2006) mit TRIGOS-Verleihung – Auszeichnung für Unternehmen mit gesellschaftlicher Verantwortung in den Kategorien "Gesellschaft", "Arbeitsplatz" und "Markt": 2006 wird dieser Preis schon zum dritten Mal vergeben.
- Themenworkshop zu CSR und Nachhaltigkeit
- Internationale Tagung
- Vortragsreihe zu Wirtschaftsethik

Internet: www.respect.at, www.trigos.at

Impulsprogramm Nachhaltig Wirtschaften – neue Ausschreibungen

Das Impulsprogramm Nachhaltig Wirtschaften ist ein mehrjähriges Forschungs- und Technologieprogramm, welches durch zielgerichtete Projektförderungen und Begleitmaßnahmen die Entwicklung und Umsetzung von wirtschaftsrelevanten Innovationen stimuliert. In den drei Programmlinien „Haus der Zukunft“, „Fabrik der Zukunft“ und „Energiesysteme der Zukunft“ werden ausgewählte Themen im Bereich Nachhaltig Wirtschaften aufgegriffen und in einander aufbauenden Projekten schrittweise bis zur technologischen Demonstration weiter entwickelt. Der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft kommt naturgemäß eine hohe Bedeutung zu. Im Jahr 2005 startete eine weitere Ausschreibungsrunde in den einzelnen Programmlinien. Die Programmlinie „Haus der Zukunft“ unterstützt Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu Fragen der Energieeffizienz, der Nutzung erneuerbarer Energieträger und des Einsatzes ökologischer Baustoffe im Gebäudebereich. Die nun bereits 5. Ausschreibung widmet sich dem

zielgruppenspezifischen Transfer- u. Verbreitungsmaßnahmen, Begleituntersuchungen zu bereits errichteten Demonstrationsvorhaben (Messungen, NutzerInnenbefragungen), Überleitung in Demonstrationsvorhaben zur Sanierung und Technologie- und Komponentenentwicklungen zu ausgewählten Fragestellungen (Speichertechnologien etc.). Die Programmlinie „Fabrik der Zukunft“ zielt auf Fragen der Technologien und Innovationen bei Produktionsprozessen, Produkte und Produktdienstleistungs-Systeme und Nutzung nachwachsender Rohstoffe in der Industrie, sowie auf Management- und Governance Strategien für Nachhaltige Unternehmensentwicklung ab. Der Schwerpunkt der 4. Ausschreibung liegt im Bereich Produktdienstleistungs-Systeme, strategische Fragestellungen (z.B. Monetarisierung von Nachhaltigkeitseffekten, KonsumentInneneinbeziehung) und der Weiterentwicklung von Themen vorangegangener Ausschreibungen zu konkreten Demonstrationsvorhaben. Die Programmlinie „Energiesysteme der Zukunft“ hat den Schwerpunkt im Bereich der Nutzung erneuerbarer Energieträger, Energieeffizienz und Systemfragen. Inhalte der nun laufenden 2. Ausschreibung betreffen Konzepte zur Verbreitung und Initiierung von Modellsystemen, Netzintegration und –management in Zusammenhang mit dezentraler Erzeugung auf Basis erneuerbarer Energieträger, innovative Produktions- und Dienstleistungssysteme und spezifische technologische und strategische Fragestellungen. Als eine weitere Aktivität im Rahmen der Programmlinien wurden bzw. werden erste transnationale Ausschreibungen (pilot calls) im Rahmen der ERA-Nets ERA Build, Bioenergy und SUSPRISE durchgeführt. Als Begleitaktivitäten des Programms wurden Wettbewerbe durchgeführt (Businessplanwettbewerb im Rahmen der Nachhaltig Wirtschaften Gründungsinitiative in Kooperation mit UNI-UN, Wettbewerb „Energeregionen der Zukunft“ im Rahmen der Programmlinie Energiesysteme der Zukunft). Ebenso unterstützt das Programm den Wettbewerb für Regionen und Unternehmen „Rio-Award 2006“ (Ressourcenverbrauch minimieren, Innovationen implementieren, Output optimieren). Im Rahmen der Österreichischen Ratspräsidentschaft wurden die Veranstaltungen „Energy Paths – Horizon 2050“ am 16. März 2006 und „Environmental Management and Innovation“ am 28. und 29. April 2006 durchgeführt.

Internet: www.bmvit.gv.at/innovation, www.nachhaltigwirtschaften.at,
www.hausderzukunft.at, www.fabrikderzukunft.at, www.energiesystemederzukunft.at,
www.eu-emico2006.at

Programm zur Förderung des Kombinierten Güterverkehrs - Schiene-Straße-Schiff

Die Nachteile des Kombinierten Güterverkehrs (KV) bestehen einerseits in der Nichtberücksichtigung der externen Kosten im Straßenverkehr und andererseits im erhöhten Manipulationsaufwand und dem speziellen Ausstattungsbedarf, den diese Verkehrsart mit sich bringt. Ziel dieses Programms ist es, durch staatliche Förderung die Nachteile der privaten Investitionstätigkeit auszugleichen, um eine vermehrte Verlagerung des Straßengüterverkehrs auf die Schiene sicherzustellen. Ziel ist insbesondere die Verbesserung der Qualität der angebotenen KV-Dienste durch Unterstützung von Investitionen in neue Technologien und Systeme und durch die Förderung dementsprechender Konzepte. Es werden jährlich durchschnittlich 20 Projektanträge abgewickelt mit einem Fördervolumen von rund 3 Mio. Euro. Gefördert werden private Transport-, Umschlags- und Logistikunternehmen wie Frächter, Spediteure, Hafenbetriebsgesellschaften, Betreiber von Terminals und Umschlaganlagen, Schiffahrts- und Eisenbahnunternehmen. Das Programm befindet sich nun in der 3. Phase und dauert bis Ende 2008. Bisher durchgeführte Evaluierungen über frühere Phasen zeigen sehr positive Ergebnisse, wobei eine Verlagerung des Straßengüterfernverkehrs bis zu 3% erzielt werden konnte.

Internet: www.bmvit.gv.at/innovation/verkehrstechnologie/kombigueter/index.html

Umsetzung des Generalverkehrsplans (GVP-Ö)

Höchste Priorität genießt die Weiterführung des 4-gleisigen Ausbaus der Westbahn zwischen Wien und Linz. Die Umfahrung Enns sowie der Abschnitt Asten – Kleinmünchen sind bereits weit fortgeschritten, der Linzer Tunnel und im Zuge der Neubaustrecke Wien – St.Pölten der Wienerwaldtunnel sind ebenfalls in Bau. Diese Vorhaben gehen 2011 in Betrieb. Im Zusammenhang damit wird 2007 – 2011 auf dem Gelände des heutigen Südbahnhofs der Bahnhof Wien als zentraler Eisenbahnknoten und Durchgangsbahnhof gebaut. Ebenfalls bis 2011 sollte die Verbindung Wien – Bratislava über Marchegg zweigleisig und elektrifiziert zur Verfügung stehen, 2012 die Spange vom Flughafen Wien zur Ostbahn bei Götzendorf, die den Flughafen in das hochrangige Schienennetz einbindet. Weiters wird mit der Neubaustrecke Kundl-Radfeld – Baumkirchen der 4-gleisige Ausbau der Unterinntalstrecke als Zulauf zum künftigen Brenner-Basistunnel fortgeführt. Der Bau des Brenner-Basistunnels ist aufgrund eines Staatsvertrags mit Italien bis 2015 vorgesehen. Der Pilotstollen soll bereits Ende 2006 im Rahmen des „Quick-Start-Programms“ mit 50%-iger EU-Kofinanzierung begonnen werden. Als „Lebensader“ der südlichen Bundesländer steht die Realisierung der „neuen Südbahn“ mit Semmering-Basistunnel und Koralmbahn im Programm. Aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung mit der Steiermark und Kärnten und deren finanzieller Beteiligung soll die Koralmbahn 2016 fertig sein. Und da sich Niederösterreich und die Steiermark auf ein neues – im übrigen technisch besseres – Projekt für den Semmering-Basistunnel geeinigt haben, wird mit der „neuen Südbahn“ jedenfalls noch vor 2020 eine international wettbewerbsfähige Schienenachse zwischen Polen und Italien bereit stehen. Weitere Ausbauschwerpunkte der Schiene liegen im Bereich des Arlbergs, der Tauernachse und der Pyhrnachse, wo ein PPP-Modell „Summerau – Spielfeld“ recht gute Chancen auf eine baldige Realisierung aufweist.

Internet: www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/generalverkehrsplanung/index.html

Donauausbau östlich von Wien

In den kommenden Jahren konzentrieren sich die Ausbaumaßnahmen an der Donau auf den Abschnitt Wien – Bratislava. Neben einer Engstelle in Deutschland (Straubing – Vilshofen) und Ungarn (bei Nagymaros) ist dieser Abschnitt, im Nationalpark Donau-, March-, Thayaauen gelegen, einer der den internationalen Schiffsverkehr auf der Donau am stärksten beeinträchtigt. Die Ausbaumaßnahmen wurden mit den Natur- und Umweltschutzorganisationen abgestimmt und sollen voraussichtlich bis 2014 umgesetzt werden.

Internet: www.bmvit.gv.at

Regionalcluster Hartberg

Kernziel des Regionalcluster Hartberg ist es, durch sektorenübergreifende Kooperationen einen nachhaltigen Entwicklungsprozess der Regionalwirtschaft zu erreichen. So konnte durch Konzentration auf Nahversorgung, Kooperation, Importsubstitution und Exportsteigerung der Wirtschaftsstandort Hartberg gestärkt und die Wertschöpfung in der Region gesteigert sowie der Abfluss der Kaufkraft aus der Pendlerregion Hartberg gebremst werden. Der seit 2003 aktive Cluster rief im Jahre 2005 neue Kooperationen ins Leben. Das „Regionale Energiecontracting“ Modell, bestehend aus 9 Unternehmen, das seinen Schwerpunkt auf erneuerbare Energie sowie energetische Gebäudesanierung setzt. Die neue Exportkooperation bestehend aus 11 Unternehmen hat im Bereich „Planen – Bauen – Wohnen“ auf einem Gemeinschaftsstand auf der größten Baumesse Ungarns in Budapest ausgestellt. Auch hier setzt sich die Kooperation aus Betrieben verschiedenster Sparten zusammen: Architektur, Planung, Dach, Fenstererzeugung, Tischlerei, Bank, Energieplanung, Passivhauserzeugung, Elektro- sowie Sicherheitstechnik. In Kürze werden im Großraum

Wien mehrere Handwerkskooperationen als „Hartberger Handwerker“ auftreten und dabei mit dem Leitsatz „Alles aus einer Hand“ an das gute Image der Handwerker aus der steirischen Region in Wien anknüpfen zu versuchen. Im Bereich Lebensmittel – Gastronomie konnte in den letzten Jahren ein eigenes Hartbergerland Gericht gemeinsam mit Unternehmen, Zeitungen sowie der Bevölkerung entwickelt werden. Diese Initiative stärkt die Verwertung regionaler Produkte, die Verlängerung der Wertschöpfungskette und die gegenseitige Vernetzung zum Nutzen aller Beteiligten bilden den Schlüssel dazu. Der Bottom-up Ansatz dieses Projekts bedeutete für viele TeilnehmerInnen einen Wertewandel im Lebensstil und ließ auch Kontakte mit anderen Regionalwirtschaften systematisch aufbauen. Das im April 2006 startende Projekt "Mühlviertleralm" wird nach dem Muster des Regionalclusters Hartberg in Zusammenarbeit mit dem Land Oberösterreich als Leader Projekt bis Mitte 2008 durchgeführt.

Internet: www.bmwa.gv.at, www.regionalcluster.at

Methodenbuch zum Leitfaden „Reporting about Sustainability“

Der auf der Basis einer im Forschungsprogramm „Fabrik der Zukunft“ entwickelten Methodik erstellte österreichische Leitfaden "Reporting about Sustainability – In 7 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht" traf auf reges Interesse und half dabei, Sustainability Reporting in Österreich Fuß fassen zu lassen. Darüber hinaus fand er auch internationale Anerkennung – etwa bei der Global Reporting Initiative. Ein entscheidender Grund für die gute österreichweite Anerkennung war auch, dass er von einer breiten Basis wichtiger Institutionen getragen wurde. Die Anwendung des Leitfadens wurde in Pilotprojekten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Österreich erprobt und evaluiert. Die „7 Schritte“ bewährten sich in der Praxis – von kleineren Änderungsvorschlägen abgesehen. Bei der Begleitung der Unternehmen zeigte sich allerdings, dass konkrete Methoden im Leitfaden fehlen. Ein Methodenbuch soll den bestehenden Leitfaden "Reporting about Sustainability" ergänzen. Darin finden sich zu jedem der 7 Schritte Methoden, Arbeitsblätter und Beispiele aus der Praxis. Um die Richtschnur zur geeigneten Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsberichte zu finden, wurde eine Studie zum Vergleich von internationalen Standards bei Nachhaltigkeitsberichten in Auftrag gegeben, die in einer breiten Kooperation gemeinsam mit repräsentativen Unternehmen und einer Diskussion über die Leitlinien im März 2005 öffentlich präsentiert wurde.

Internet: www.lebensministerium.at

Partnerschaft zwischen Österreich und der Volksrepublik China in den Bereichen Energie und Umwelttechnik

Im Dezember 2005 wurde zwischen Österreich und der Volksrepublik China eine Partnerschaft hinsichtlich Energie und Umwelttechnik. In deren Rahmen ist eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wasser, Luft, erneuerbare Energien und Abfall vorgesehen. Die gegenständliche Partnerschaft ist auf mehrere Jahre ausgerichtet und berücksichtigt alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Die ökologische Komponente ergibt sich aus einer Verbesserung der chinesischen Umweltstandards, die soziale aufgrund der Verbesserung der Lebensbedingungen für die chinesische Bevölkerung und die ökonomische aufgrund verstärkter Exportmöglichkeiten österreichischer Umwelttechnologieprodukte und Umweltdienstleistungen in die Volksrepublik China.

Internet: www.bmwa.gv.at

Österreichische Umsetzung des Europäischen Umwelttechnologieplans

Der Environmental Technology Action Plan (ETAP) wurde 2004 von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Er listet 28 Maßnahmen auf, die die Anwendung von Umwelttechnologien unterstützen und forcieren sollen. Einige Mitgliedsstaaten haben die eine oder andere Maßnahme des ETAP herausgegriffen und sich spontan für ihre Umsetzung in der Europäischen Union verantwortlich erklärt. Österreich wählte „Green Public Procurement“ und „Awareness Raising“. Diese beiden Maßnahmen haben gemeinsam, die Nachfrage nach Umwelttechnologien zu stärken. Die Anwender und Verbraucher sollen angesprochen werden. Zu beiden Maßnahmen, öffentliches Beschaffungswesen und Bewusstseinsbildung, veranstaltete Österreich Fachseminare und gilt seit dem als treibende Kraft in der Umsetzung des ETAP. Weiters lieferte Österreich einen Bericht über die nationale Umsetzung des ETAP an die Europäische Kommission. Diese „road map“ ist gemeinsam mit allen anderen road-maps der Mitgliedsstaaten unter <http://europa.eu.int/comm/environment/etap/roadmaps.htm> nachzulesen.

Internet: www.bmwa.gv.at

Schwerpunktthema Nachhaltige Energie

Präsidenschaftskonferenz 'Energy Paths - Horizon 2050'

Europa ist in besonderem Masse von Energieimporten abhängig. So müssen derzeit 50% und in absehbarer Zeit bis zu 70% des Primärenergiebedarfs importiert werden. Bei der Reduktion der CO₂-Emissionen hat Europa eine Vorbildrolle eingenommen. Erfolgversprechende Strategien bilden insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz und der verstärkte Einsatz erneuerbarer Primärenergien. Ein Engagement Österreichs in diesem Bereich verspricht nicht nur Wettbewerbsvorteile auf dem rasch wachsenden Markt energie-effizienter Technologien sondern auch unmittelbare energiepolitische Vorteile hinsichtlich geringerer Importabhängigkeit sowie der Reduktion von Emissionen. Im Rahmen der Präsidenschaftskonferenz "Energy Paths - Horizon 2050" am 17. März 2006 wurden vor allem die langfristige Energie-Perspektiven der EU thematisiert. Internationale Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten darüber, wie auf der Basis geeigneter zukunftsfähiger Technologien eine nachhaltige und sichere Energieversorgung für die EU erreicht werden kann. Seitens der EU-Kommission wurde nicht zuletzt das gerade fertig gestellte Grünbuch zur europäischen „Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie(-versorgung)“ präsentiert.

Internet: www.bmvit.gv.at, www.energyagency.at/service/veranst/energypaths.htm

Strategieprozess Energie 2050:

Die Frage einer zukunftsfähigen Energieversorgung gewinnt aufgrund aktueller Entwicklungen zunehmend an Bedeutung. Dies betrifft vor allem ein Industrieland wie Österreich, das zu einem großen Anteil von Importen fossiler Energie abhängig ist. Diese Abhängigkeit von Importen aus Weltregionen mit einer sehr instabilen politischen Lage zieht neben volkswirtschaftlichen Kosten erhebliche Unsicherheiten nach sich. Eine verlässliche, umweltfreundliche und kostengünstige Energieversorgung wird daher zunehmend zur Schlüsselfrage für Gesellschaft und Wirtschaft. Forschung und Entwicklung müssen einen zentralen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung unseres Energiesystems leisten und spielen auf der Agenda internationaler Aktivitäten eine bedeutende Rolle.

Um die zukünftigen Erfordernisse für die Österreichische Energieforschung zu definieren wurde ein Strategieprozess "Energie 2050" gestartet. Er baut auf den Errungenschaften der

österreichischen Energieforschung aus mehr als 30 Jahren auf. Ziel ist es, eine langfristige Vision zu erarbeiten, um daraus Konzepte und Strategien für zukünftige Schwerpunktsetzungen für Forschung und Entwicklung abzuleiten. Dabei geht es um die Formulierung inhaltlicher Schwerpunkte und die Entwicklung geeigneter Instrumente zur Umsetzung. Folgende Anliegen und Ziele werden verfolgt:

- Erarbeitung einer gemeinsamen Sicht der Problemlage
- Entwicklung und Bewertung von langfristigen Energie - Optionen
- Etablierung eines F&E - Schwerpunktes
- Ableitung von technologischen Innovationsstrategien

Zur Erreichung der Anliegen und Ziele von ENERGIE 2050 wird ein intensiver Kommunikationsprozess gestartet und eine Vielzahl von Maßnahmen eingesetzt:

- Veranstaltungen und Workshops
- Hearings
- Recherchen, Studien, Ad-hoc-Gutachten
- Kooperationsprojekte im Rahmen der Internationalen Energie-Agentur (IEA)
- Forschungsausschreibungen

Internet: www.bmvit.gv.at/innovation, www.e2050.at

Mitwirkung an den Forschungsprogrammen der Internationalen Energieagentur (IEA)

Österreich ist aktiv an den Forschungsprogrammen (Implementing Agreements) der Internationalen Energieagentur beteiligt. Nachhaltigkeitsrelevant ist die Beteiligung an folgenden Implementing Agreements: Solares Heizen und Kühlen, Bioenergie, Photovoltaik, Wind, Verbraucherseitige Maßnahmen, Electric and hybrid vehicles sowie Brennstoffzellen. 2005 wurde im Rahmen eines IEA-Projektes eine Energieforschungserhebung für Österreich durchgeführt. Dabei wurden die Ausgaben der öffentlichen Hand für Energieforschung erhoben.

Internet: www.bmvit.gv.at/innovation, www.iea.org

Aktivitäten zur Forcierung erneuerbarer Energieträger

Die laufende Revision der Klimastrategie zeigt, dass Österreich im Bereich der erneuerbaren Energieträger weitere Fortschritte gemacht hat und seinen Spitzenplatz innerhalb der EU weiter ausbauen konnte. Die weltweit steigenden Energiekosten für fossile Energieträger sind ebenfalls eine Untermauerung der österreichischen Prioritäten. Diese Entwicklung wird in Österreich durch die Novelle des Ökostromgesetzes sowie der forcierten Ausrichtung der Förderungen auf Biomasse weiter verstärkt. Für Biomasse-Heizwerke wurde z.B. ein neues Qualitätsmanagementsystem eingeführt, das zu verbesserten Planungen und Effizienzsteigerungen führen wird. Im Biomassebereich wurden insgesamt 2005 36 Mio. € an Förderungen ausbezahlt womit Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 210 Mio. € ermöglicht wurden. Gegenüber 2002 bedeutet das eine Verdopplung des Biomassesektors. Rückenwind erhält Österreich dabei durch den im Dezember vorgestellten Biomasse Aktionsplan der EU. In diesem werden insgesamt 33 konkrete Maßnahmen angeführt, um die Biomassenutzung in Europa auf allen Ebenen zu forcieren. Wärme, Stromproduktion und Biokraftstoffe werden darin als Nutzungsmöglichkeit angeführt und deren stärkere Nutzung durch die Mitgliedstaaten gefordert. Etliche dieser angeführten Maßnahmen hat Österreich bereits seit Jahren umgesetzt, einige gute Ideen müssen noch geprüft und aufgenommen werden. Jedenfalls verlangt die Europäische Kommission von den Mitgliedstaaten eigene nationale Biomasse Aktionspläne zu erstellen. Dieser wird in Österreich bis Ende 2006 auch in Österreich erarbeitet werden und eine kohärente Strategie im Biomassebereich enthalten. Auch in den Strukturfonds- und Landwirtschaftlichen Förderungsprogrammen wird für die

Periode 2007 – 2013 ein besonderer Schwerpunkt im Bereich der erneuerbaren Energieträger liegen. Auch im Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums („Grüner Pakt“) wird die Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung mit sauberer, heimischer und kostengünstigen Energie eine wichtige Maßnahme darstellen. Es ist daher zu erwarten, dass in Österreich – trotz geringerer EU Förderungen insgesamt – die für erneuerbare Energieträger zur Verfügung stehenden Mittel gleich bleiben bzw. sogar noch gesteigert werden können.

Internet: www.lebensministerium.at, www.bmwa.gv.at

Die Klimaschutz-Beratungsoffensive: 23 klima:aktiv Programme

Die nationale Klimastrategie wurde im Juni 2002 im Ministerrat mit dem Ziel beschlossen, den Treibhausgas-Ausstoß deutlich zu reduzieren. Damit wurde ein zentraler Meilenstein für den Klimaschutz in Österreich gesetzt. Als eines jener Länder, die das Kyoto-Klimaschutzprotokoll unterzeichnet haben, ging Österreich die Verpflichtung ein, seine nationalen Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2010 um 13 Prozent zu senken. Zur Erreichung dieses Klimaschutzzieles wurde 2004 die breit angelegte Klimaschutz-Beratungsoffensive klima:aktiv gestartet. Deren Herzstück bilden die 23 themen- und zielgruppen-orientierten klima:aktiv Programme, die längerfristig, teilweise bis 2012, angelegt sind. Diese sind auf die vier Bereiche erneuerbare Energien, Gebäude- und Energieeffizienz, Gemeinden sowie Mobilität aufgeteilt. Durch mehr Energieeffizienz und verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energieträger in allen klimarelevanten Lebensbereichen wie Bauen, Wohnen, Mobilität etc. soll der CO₂-Ausstoß reduziert werden. Klima:aktiv ergänzt somit durch die Bündelung der „freiwilligen“ Maßnahmen der Klimastrategie, die klassischen, also ordnungspolitischen und ökonomischen Instrumente des Umwelt- und Klimaschutzes und unterstützt deren Umsetzung. Durch maßgeschneiderte Programme für verschiedene Zielgruppen und Themen können breitenwirksame Entwicklungen ausgelöst und ein hoher Nutzen im Sinne der CO₂-Reduktion mit vergleichsweise niedrigen Kosten erzielt werden. Von zentraler Bedeutung dabei sind die Markt- und Kundenorientierung sowie die aktive und breite Einbeziehung der relevanten Akteure aus der Wirtschaft, aus Verbänden und Interessenvertretungen oder Bildungsinstitutionen. Mit Hilfe von Ausbildungs-, Informations- und Qualitätsoffensiven soll die Lücke zwischen Forschung und Anwendung von klimaschonenden Technologien und Dienstleistungen geschlossen werden. Durch die Schaffung eines starken Heimmarktes wird der Know-how-Vorsprung von Österreichs innovativen Unternehmen im Umwelt- und Technologiesektor untermauert. Dank dieser Wettbewerbsvorteile werden in klimarelevanten Branchen Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert und damit der Wirtschaftsstandort Österreich langfristig gestärkt. Im Jahr 2005 wurden 13 neue klima:aktiv-Programme gestartet.

Internet: www.lebensministerium.at, www.klimaaktiv.at

Österreichische Wasserstoff- und Brennstoffzelleninitiative A3PS

Alternative Antriebe und Treibstoffe stellen weit über den Bereich der Verkehrstechnik hinaus einen Hot Spot der internationalen Forschungs- und Technologiepolitik dar, da deren industrielle Umsetzung einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie als globaler Schlüsselbranche absichert und zusätzlich zur Lösung drängender umwelt- und verkehrspolitischer Probleme beiträgt. Ziel der neuen Initiative A3PS ist es, durch Informations-, Forschungs- und Kooperationsmanagement (zielgerichtete Analyse, Kompilierung und Bereitstellung von Information, Schaffung von unterstützenden Rahmenbedingungen, internationale Vernetzung, Aufbau interdisziplinärer Forschungsk Kooperationen und branchenübergreifender Leitprojekte) die Forschung zu unterstützen. Als neutraler Makler soll die Initiative A3PS alle regionalen und thematisch

sektoralen Aktivitäten in Österreich koordinieren und die Interessen der Forschungsszene international vertreten. Eine breite Palette von Institutionen von Universitätsinstituten, Fachhochschulen, über Kompetenzzentren, außeruniversitäre Forschungsinstitutionen, Forschungsinfrastrukturen bis zu spezialisierten kleinen und mittleren Hightechfirmen und Industrieunternehmen arbeiten bereits in dieser strategischen Partnerschaft zusammen. Die A3PS wurde Anfang 2006 vorerst als Verein gegründet und wird nun unter Beteiligung der Partner als Public Privat Partnership zur Koordinationsplattform und internationalen Ansprechstelle der österreichischen Forschung im Bereich alternativer Antriebe und Treibstoffe weiterentwickelt.

Internet: www.bmvit.gv.at

Qualifizierung zum Europäischen Energie Manager

Steigende Energiepreise und Energiesteuern sind eine große Herausforderung für energieintensive Betriebe. Um diesen Betrieben eine Hilfestellung zu geben, startete im Jänner 2004 ein europaweit einzigartiger Lehrgang für Energiemanager der Wirtschaft. Der Lehrgang wurde im Rahmen des EU-Programms SAVE 2 von Partnern aus vier Mitgliedstaaten der EU (Großbritannien, Deutschland, Portugal und Österreich) entwickelt und wird in diesen Ländern parallel durchgeführt. Durch die Beteiligung der Wirtschaftskammer Österreich an dem Projekt ist es gelungen, das attraktive EU-Programm 80 österreichischen Betrieben zugänglich zu machen. Besonders geschätzt wird der Lehrgang wegen seines Praxisbezugs. Kernstück des Lehrgangs ist die Entwicklung eines im Betrieb umsetzbaren Energieeffizienzprojekts unter der Anleitung erfahrener TrainerInnen. So sollen Kostenblöcke abgebaut und verringert werden, was nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Standorte, sondern auch dem Umwelt- und Klimaschutz gut tut. Zusätzlich bringt der zwölf tägige Lehrgang auch das theoretische Wissen in den Bereichen Energiemanagement und Energietechnik auf den letzten Stand. Seit Beginn des Projektes im Jänner 2004 haben bereits 56 „Energiemanager“ den Lehrgang abgeschlossen, derzeit stehen 24 in der Ausbildung und der nächste Lehrgang ist für September 2006 geplant.

Internet: www.wko.at

Energieeffizienzoffensive für KMU

Der österreichische Energieverbrauch steigt seit Ende der 90iger Jahre jährlich um 1,6 Prozent. Die EU Kommission geht sogar von einem durchschnittlichen Wachstum von 3 Prozent pro Jahr bis 2020 aus. Weltweit steigt die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und vieler Prognosen und Erwartungen gehen von langfristigen Öl-, Gas- und Strompreissteigerungen aus. Energieeffizienz bedeutet schonende Energiegewinnung und sorgsamer Umgang mit Energie in allen Bereichen. Wer Energie effizient einsetzt, verhindert Ressourcenverschwendung und schont die Umwelt. Energieeffizienz bedeutet nicht zuletzt: Geld sparen. Die Minimierung der Kosten ist, neben der Verbesserung der betrieblichen Umwelt-Performance – ein wesentlicher Grund um ein Energiemanagement im

Unternehmen einzuführen. Die WKÖ fördert durch ein Maßnahmenbündel die Verbesserung der Effizienz des Energieeinsatzes in KMUs. Die Erfahrungen aus Pilotprojekten sowie Beschreibungen von Verbesserungsmaßnahmen sollen verstärkt an Unternehmer weitergegeben werden. In einem ersten Schritt 2005 wurden für die Branchen Tischler, Lebensmittelhandel und der Hotellerie Energieeffizienzfolder aufgelegt, die den Betrieben eine Anleitung bieten Energiekosten einzusparen und dabei einen positiven Klimabeitrag zu leisten. Im Frühjahr 2006 folgen Folder für die Branchen Holzindustrie, Gastronomie und Textilreiniger. Weitere Branchen sind noch in diesem Jahr angedacht.

Internet: www.wko.at

Richtlinie zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen

Im Rahmen des Sonderenergieministerrates am 14.3.2006 haben die EnergieministerInnen die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen beschlossen. Damit haben sich die Mitgliedsstaaten das Ziel gesetzt, ihren Energieverbrauch über einen Zeitraum von neun Jahren jährlich um ein Prozent zu senken. Das Ziel der Richtlinie, die Erhöhung der Effizienz der Endenergienutzung, soll mit einer Reihe operationeller Maßnahmen verfolgt werden. Zweck des Vorschlags ist es, die Kostenwirksamkeit und Effizienz der Endenergienutzung in den Mitgliedstaaten zu steigern. Dies soll durch die Bereitstellung der nötigen Zielvorgaben, Mechanismen und Anreize sowie des institutionellen, finanziellen und rechtlichen Rahmens zur Beseitigung vorhandener Markt Hindernisse und Marktunvollkommenheiten, die der effizienten Endenergienutzung entgegenstehen, sowie durch die Entwicklung eines Markts für Energiedienstleistungen und für die Bereitstellung von Energieeffizienzprogrammen und anderen Energieeffizienzmaßnahmen für EndverbraucherInnen erfolgen. Die Mitgliedstaaten haben nun der Europäischen Kommission bis zum 30. 6. 2007 den ersten Energieeffizienz-Aktionsplan, in dem sie ihre Energieeffizienzmaßnahmen beschreiben, vorzulegen, die weiteren bis 30. 6. 2011 bzw. 2014.

Internet: www.bmwa.gv.at

Innovation und Klima – das Klimaforum der österreichischen Wirtschaft

Das Klimaforum der österreichischen Wirtschaft unterstützt die österreichische Klimapolitik indem diese als ein Instrument der wirtschaftlichen Innovation im Sinne der Lissabon-Strategie positioniert wird und für die Bereiche Mobilität, Gebäude, Industrie und Energie Strategien mit hohem Innovationspotential, starker Signalwirkung und politischer Konsensfähigkeit erarbeitet werden. Um der Klimapolitik höhere Aufmerksamkeit und Akzeptanz zu geben, werden Aktivitäten vorgeschlagen, die schnell umsetzbar sind und eine hohe Signalwirkung haben. Diese Maßnahmen reduzieren nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern bieten zusätzliche Effekte für Österreichs Wirtschaft und die österreichische Bevölkerung, entlasten das öffentliche Budget und erfüllen damit das Kriterium der Kosteneffizienz.

Internet: www.innovation-klima.at

Globale Verantwortung

Verstärkte Armutsbekämpfung durch Anhebung der Entwicklungshilfeleistungen

Gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten bekennt sich Österreich zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und hat dem EU-internen Fahrplan zugestimmt, die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) zu erhöhen. Der Stufenplan sieht eine Anhebung der Mittel auf 0,33 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2006 sowie auf 0,51 % ab 2010 vor. Bis 2015 sind 0,7 % zu erreichen.

Das bedeutet für Österreich, dass ab 2010 mindestens 0,51% des BNE für die Bekämpfung von Hunger und Armut zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Mittelerhöhung soll auch einer Verbesserung der Qualität der österreichischen ODA im Sinne der Festlegungen der Pariser Erklärung vom März 2005 über ODA-Effektivität dienen.

Internet: www.bmaa.gv.at/eza

Informationskampagne zur WTO Ministerkonferenz 2005

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass den Menschen in allen Ländern die aktive Teilnahme am Wirtschaftsprozess ermöglicht wird. Eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür ist die kontinuierliche Verbesserung des Welthandelssystems unter verstärkter Einbeziehung der Entwicklungsländer und insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder. Die WTO-Verhandlungen haben dies zum Ziel. Durch ein ambitioniertes, umfassendes und ausgewogenes Ergebnis in allen Verhandlungsbereichen soll das nachhaltige Wirtschaftswachstum entsprechend stimuliert, die Beschäftigung erhöht und die Armut reduziert werden. Österreich unterstützt dieses Ziel und ist dementsprechend auch bei der WTO-Ministerkonferenz 2005 in Hongkong für die Verabschiedung von Maßnahmen, wie dem Entwicklungspaket, eingetreten, die die weiteren Verhandlungen positiv beeinflussen können.

Im Rahmen einer gemeinsamen Informationskampagne im Vorlauf zur WTO-Ministerkonferenz in Hongkong haben Nichtregierungsorganisationen des Umwelt- und Entwicklungsbereiches, kirchliche Organisationen und die Interessenvertretung der österreichischen BäuerInnen das Konzept der in den laufenden WTO-Verhandlungen vorgeschlagenen Liberalisierung des Welthandels im Bereich der Landwirtschaft kritisch behandelt. Besonders wurde auf die versprochene Verbesserung für die Menschen in den Entwicklungsländern und die fortschreitende Zerstörung menschlicher und natürlicher Lebensgrundlagen in den Entwicklungsländern hingewiesen. Die unterzeichnenden Organisationen bekennen sich zu einem gerechten globalen Agrarhandel, der auf fairen Spielregeln, wie Schutz der Ernährungssouveränität und sozialen und ökologischen Mindeststandards in der landwirtschaftlichen Produktion aufbaut. Konkret sollte eine Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen in den betroffenen ländlichen Gebieten, z.B. durch eine Aufwertung der internationalen Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltabkommen gegenüber Handelsabkommen, angestrebt werden.

Förderung von Politiken im Bereich Menschenrechte/menschliche Sicherheit

Die Umsetzung international anerkannter Menschenrechtsverpflichtungen ist ein zentrales Anliegen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit vertritt einen holistischen Ansatz und betrachtet die Förderung von Friedenssicherung und Menschenrechte als Bestandteil von Good Governance. Sie ist daher bestrebt, grundlegendes Verständnis für das Wesen der Menschenrechte, für die menschliche Sicherheit auf allen Ebenen zu wecken und tritt für die konkrete Verbreitung in allen Bereichen der Politik und Gesellschaft ein. Friede, Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie sind die Basis für die Entwicklung und Sicherheit in allen Staaten. Die Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit Behinderung werden, wie im Entwicklungszusammenarbeitsgesetz verankert, berücksichtigt. Leitlinien zu den Themen Good Governance, Menschenrechte und Konfliktprävention sind ausgearbeitet worden. Ein Drittel der derzeit laufenden österreichischen Entwicklungsprojekte und -programme verfolgt das Ziel, Demokratie aktiv zu fördern und den betroffenen Menschen die Partizipation an der Politikgestaltung zu ermöglichen. Das Verständnis von Demokratieentwicklung ist in diesem Zusammenhang sehr weit gefasst. Friede und Stabilität sind Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand; Armutsminderung und die dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse leisten einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von gewaltsamen Konflikten. Um einen dauerhaften Frieden und strukturelle Stabilität zu gewährleisten, bekennt sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit zu einem langfristigen Engagement, bei dem eine kohärente Politik auf nationaler und internationaler Ebene berücksichtigt wird.

Internet: www.bmaa.gv.at

Fair Trade

Das Fair Trade System garantiert ProduzentInnen aus den Entwicklungsländern gerechte Preise und durch den direkten Marktzugang in die Industrieländer auch den Aufbau langfristiger Handelsbeziehungen und trägt auf diese Weise zur Beseitigung der Armut bei. Außerdem wird durch traditionelle und naturnahe Anbaumethoden ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung natürlicher Ressourcen geleistet. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hat seit der Gründung der Gütesiegelinitiative Projekte der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketing unterstützt. In den Jahren 2004 und 2005 wurden konkret je € 240.000,- für Marketingprojekte ausgegeben. Eine durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit finanzierte Marketingumfrage hat gezeigt, dass von den KonsumentInnen im Besonderen anerkannt wird, dass der „faire Handel“ der Kinderarbeit eine klare Absage erteilt. Jährlich fördert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Aktivitäten rund um den Weltladentag im Mai und beteiligt sich an den „Nachhaltigen Wochen“ im Herbst.

Darüberhinaus wurde eine Informationsinitiative zum „fairen Handel“ für den Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens durchgeführt. Angestrebt wird eine Haltungsänderung im Konsumverhalten und wie das oben erwähnte Umfrageergebnis zeigt, hat ein Wertewandel zumindest bei einem Teil der privaten KonsumentInnen bereits eingesetzt.

Eines der Schwerpunktthemen der Landjugend Österreich für das Jahr 2006 ist das Thema fairLeben. In einer Broschüre wurden Themen wie Welthandel und soziale Verantwortung, die UNO, die WTO und ihre Strategie sowie der Global Marshall Plan möglichst jugendgerecht aufbereitet. Ebenso wird in der Broschüre aufgezeigt, wie wichtig fairer Handel mit landwirtschaftlichen Produkten ist und welchen Einfluss der Konsument mit seiner Kaufentscheidung hat. Die Broschüre dient unter anderem als Arbeitsunterlage für das Schwerpunktwochenende, bei dem sich auch in diesem Jahr wieder rund 2000 Jugendliche mit diesem Thema befassen werden.

Internet: www.bmaa.gv.at/eza

Ausgewählte Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

- Unterstützung der Gacaca Abteilung beim ruandischen Obersten Gerichtshof: Dieses Projekt unterstützt die Gacaca Abteilung am Obersten Gerichtshof, die für die Arbeit der Gacaca Gerichte (traditionelle Gerichte zur Aburteilung der des Genozids von 1994 Verdächtigen) zuständig ist, indem sie für die Einrichtung der Gacaca Gerichte sorgt, die Durchführung überwacht, sowie für die Koordinierung auf nationaler Ebene gewährleistet. Durch den Beitrag mehrerer Geber zu einem gemeinsamen Projekt wird in erster Linie technische Assistenz finanziert, mit der die Kapazitäten der Abteilung verbessert und ausgebaut werden sollen, damit diese in der Lage, die ihr zugeordnete Funktionen kompetent auszuüben.
- Beitrag zu einem Basket Fund zur Unterstützung der Wahlen 2006 in Uganda und zum National Civic Education Programme: Mit diesem Projekt soll der Demokratisierungsprozess in Uganda gestärkt werden. Der Fonds hat folgende Zielsetzungen: Vertiefung von Demokratie und politischem Pluralismus, Bildungsprogramme zu Rechten und Pflichten der Bürger, Unterstützung der Wahlen 2006. Eine Reihe von Einzelprojekten werden dazu von verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren durchgeführt.
- Legal Aid Basket Fund: Dieses Projekt zielt darauf ab kostenlose Rechtsberatung in Uganda zu finanzieren und zu fördern. Es sollen landesweit Minimalstandards umgesetzt werden, besonders in jenen Gegenden, in denen Defizite vorher identifiziert wurden. Die gesetzlich zuständige öffentliche Stelle für Rechtsberatung - der Uganda Law Council - soll

durch technische und finanzielle Assistenz gestärkt werden. Weiters sollen NROs, die Rechtsberatung anbieten, gefördert werden.

- Rehabilitation and Reintegration of Former LRA Child Soldiers in Northern Uganda: Durch dieses Vorhaben sollen die Kapazitäten des bereits bestehenden Caritas Rehabilitierungs- und Ausbildungszentrums in Pajule erweitert werden. Neben psychologischer Betreuung soll den ehemaligen Kindersoldaten eine berufliche Ausbildung ermöglicht werden, damit diese in Zukunft ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können. Auch eine Rückkehr in die Ursprungfamilien wird nach Möglichkeit versucht. Weiters beinhaltet das Projekt eine Komponente zur Erwachsenen Fortbildung, wobei der Frauenanteil bei 60%. Das Angebot reicht von Haushaltsführung, über Menschenrechte bis zu biologischer Landwirtschaft. Zielgruppe des Projektes sind Mädchen/Frauen und Jugendliche.
- Center for the Protection and Rehabilitation of Women and Children in Gnjilane: Das Projekt finanziert die Errichtung eines Frauen- und Kinderschutzzentrums im Kosovo, in dem Opfer von häuslicher Gewalt bzw. Traumata des Bürgerkriegs betreut und beraten werden sollen. Weiters werden eine Rechtsberatung, Fortbildungsveranstaltungen- und kurse angeboten werden, sowie eine Hotline eingerichtet werden.

Internet: www.bmaa.gv.at/eza

Good Governance – neue Formen der Politikgestaltung

Studienprojekt „Ablauf zur Entwicklung von nachhaltigen Politiken und Rechtsakten“

Ziel dieses Studienprojektes war die Entwicklung einer Vorgangsweise, die zu möglichst nachhaltigen Politiken und Rechtsakten in Österreich führt. Das Projekt besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil wurden im Überblick internationale Ansätze zur Nachhaltigkeitsprüfung im weiteren Sinn, sowohl aus der Wissenschaft als auch aus der Praxis, dokumentiert. Dies deswegen, weil das Instrument der Nachhaltigkeitsprüfung derzeit am häufigsten dazu eingesetzt wird, um Politiken und Rechtsakte möglichst nachhaltig zu gestalten. Aus der Analyse dieser Erfahrungen wurden Schlussfolgerungen für die Entwicklung möglichst nachhaltiger Politiken und Rechtsakte in Österreich abgeleitet. Darauf aufbauend wurde im zweiten Teil des Studienprojektes ein erster Vorschlag für einen Ablauf erarbeitet. Es wurden drei Komponenten entwickelt:

- Allgemeine Prinzipien zur Entwicklung nachhaltiger Politiken und Rechtsakte,
- eine Checkliste für die Entwicklung nachhaltiger Politiken und Rechtsakte und
- ein Ablauf zur Entwicklung nachhaltiger Politiken und Rechtsakte, als ein Beispiel zur guten Praxis.

Der entwickelte Ablauf wurde in mehreren Planspielrunden auf seine Praktikabilität getestet. Ziel sind wirksame, verständliche und kohärente Politiken und Rechtsakte, die umweltbezogene, soziale und wirtschaftliche Aspekte im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ausgewogen berücksichtigen. Der zweite Teil der Studie besteht aus: Das Projekt soll zur Diskussion über Good Governance und Better Regulation in Österreich beitragen.

Internet: www.lebensministerium.at, www.nachhaltigkeit.at/thema

Projekt „Entwicklung von Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“

Ziel ist es, für die Bundesverwaltung Standards und good practice Empfehlungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung zu entwickeln. Diese Standards sollen in Zukunft bei

Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren, die zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, routinemäßig angewandt werden. Sie sollen in erster Linie für Politiken und generelle Rechtsakte sowie für Pläne und Programme eingesetzt werden und zu Good Governance in Österreich beitragen. Als erster Arbeitsschritt wurden good practice Beispiele der bereits bestehenden Verwaltungspraxis aus Österreich, internationale Beispiele zu Öffentlichkeitsbeteiligungs-Standards sowie die rechtliche Verankerung der Öffentlichkeitsbeteiligung in den nachhaltigkeitsrelevanten Kernressorts recherchiert. Auf Basis dieser Informationen wurden in einer Arbeitsgruppe fünf Papiere erarbeitet:

- Argumentesammlung zur Öffentlichkeitsbeteiligung: zur Darstellung des Nutzens der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung: als programmatische Leitlinien bei der Beteiligung der Öffentlichkeit
- Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung: als Serviceleistung und Hilfestellung für die MitarbeiterInnen der Verwaltung bei der Durchführung von Partizipationsverfahren in Checklistenform
- Begriffsbestimmungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung: als eine Art Glossar, um die verwendeten Begriffe klar zu machen
- Förderliche Rahmenbedingungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung: um abzustecken, welche Faktoren innerhalb der Verwaltung das Gelingen von Öffentlichkeitsbeteiligung fördern

Die nachhaltigkeitsrelevanten Kernressorts der Bundesverwaltung, einige Interessengruppen, die sich zur nachhaltigen Entwicklung engagieren und einige externe BeraterInnen waren in der Arbeitsgruppe vertreten.

Internet: www.lebensministerium.at, www.bka.gv.at

Der zweite Nachhaltigkeitsbericht des Lebensministeriums

Mit der Publikation des ersten Nachhaltigkeitsberichts im Juni 2004 wurde Neuland betreten. Europaweit als erstes Ministerium hat das Lebensministerium damit einen weiteren Schritt hin zu mehr Transparenz gesetzt und eine neue Form des Dialoges mit der Öffentlichkeit begonnen. Mittlerweile ist der zweite Nachhaltigkeitsbericht in Erarbeitung und wird mit Ende Juni veröffentlicht. Hauptschwerpunkt dabei wird es sein, Entwicklungen und Fortschritte aufzuzeigen. Damit soll der Dialog mit der Wirtschaft, den NGOs und den BürgerInnen weiter intensiviert werden. Der Nachhaltigkeitsbericht des Lebensministeriums orientiert sich im Wesentlichen an den internationalen Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) für Unternehmen.

Internet: www.lebensministerium.at, www.nachhaltigkeit.at

Nachhaltigkeits-Initiativen der Bundesländer

Die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes soll künftig zu einer umfassenden nationalen Strategie als ein von Bund und Ländern gemeinsam getragenes Anliegen weiterentwickelt werden. Als erster Schritt dazu werden im vorliegenden Fortschrittsbericht auch Projekte der Bundesebene in Kooperationen mit Bundesländern sowie Projekte in der alleinigen Verantwortung der Bundesländer vorgestellt.

Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft

Die Global Marshall Plan-Initiative – 2003 vom Club of Rome, Ökosozialen Forum Europa, Club of Budapest und Stiftung Weltvertrag ins Leben gerufen – zielt auf signifikante Erhöhung der (Co-)Finanzierung für den „Süden“ bei gleichzeitiger Einführung von globalen sozialen und ökologischen Mindeststandards ab. Durch diese win-win-Strategie soll neben der Umsetzung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele und der Aufstockung der finanziellen Ressourcen für die (Co-)Finanzierung mittels neuer Einnahmequellen (u.a. Devisentransaktions- oder Kerosinsteuer), die Etablierung eines nachhaltigen globalen wirtschaftspolitischen Rahmens gelingen. In Österreich haben sich zahlreiche Organisationen sowie bis dato sechs Bundesländer hinter die Initiative gestellt und setzen auf regionaler Ebene Projekte im Sinne des Global Marshall Plan um. Wesentlich ist dabei die Verknüpfung mit regionalen Nachhaltigkeitsprozessen und die intensive Aufklärungs- und Informationsarbeit für unterschiedliche Stakeholder. Beispielsweise seien hier folgende Projekte angeführt: Schülerresolutionsprojekt „Youth@visions.06“, die Projekte im Rahmen des Beschlusses der Oberösterreichischen Landesregierung, u. a. „Brückenschlag Global Marshall Plan – Agenda21“, „Be Fair – Globale Fairness in der Agenda 21 Region Mühlviertleralm“ oder Förderungen von Diplomarbeiten zum Themengebiet des Global Marshall Plan im Rahmen des Regierungsbeschlusses in der Steiermark sowie die Gründung von lokalen Global Marshall Plan-Gruppen z. B. in der Region Steyr-Kirchdorf bzw. Graz-Steiermark. Weiters wird durch zahlreiche große Veranstaltungen in den Bundesländern für diesen Themenkomplex Bewusstsein geschaffen – u. a. in Salzburg, Tirol und der Steiermark.

Internet: www.oesfo.at

Lokale Agenda 21 in Niederösterreich

Im Jahr 2004 startete - aufbauend auf Erfahrungen aus 20 Jahren Dorferneuerung - die Konzipierung der Grundlagen zur Implementierung der Lokalen Agenda 21 in Niederösterreich. In einem breiten Beteiligungsprozess wurde das Programm der Aktion „gemeinde21“ entwickelt, welches für das Erarbeiten eines Zukunftsprogramms auf Gemeindeebene mit aktiver, breit angelegter BürgerInnenbeteiligung in Planung und Umsetzung steht. Das Land Niederösterreich unterstützt die Gemeinden dabei durch ausgebildete ProzessbetreuerInnen seitens des Verbandes der NÖ Dorf- und Stadterneuerung, sowie durch ein umfassendes Förderprogramm inklusive Evaluierungstools. Zeitgleich dazu nahmen bereits die ersten Pilotgemeinden ihre Arbeit vor Ort in Angriff. Dazu gehörte u. a. Prellenkirchen unweit der Grenze zur slowakischen Republik in der Region Auland Carnuntum. Für die Erstellung des Zukunftsbildes konzentrierte sich diese Gemeinde z. B. auf die Themen Verkehr, Tourismus, Energie, Jugend, Altenbetreuung, Arbeitsplätze und Nahversorgung, welche in so genannten „Zukunftswerkstätten“ intensivst bearbeitet wurden. Parallel dazu wurden auch erste Projekte entwickelt und mit großer Eigeninitiative und Engagement umgesetzt. Asparn an der Zaya, eine der am nördlichsten gelegenen Gemeinden im Weinviertel, startete mit einer „Zukunftskonferenz“ in die Aktion, aus der heraus sich die einzelnen Arbeitskreise bildeten. Abgeleitete Schwerpunktthemen sind hier z.B. Natur und Kultur bzw. Jugend. Mit Jänner 2006 befinden sich weitere 11 Gemeinden in

der Aktion „gemeinde21“, um gemeinsam mit den BürgerInnen die lokalen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen.

Internet: www.gemeinde21.at

Verkehrsparen Wienerwald

Im Rahmen des vierjährigen Modellprojekts „Verkehrsparen Wienerwald“ (2002 bis 2006) werden die BewohnerInnen der 26 teilnehmenden „Verkehrspargemeinden“ zu einer umweltbewussten Verkehrsmittelwahl motiviert. Dies geschieht nach dem Vorbild der ersten NÖ-Verkehrspargemeinde Langenlois (1999 bis 2002) primär mit bewusstseinsbildenden Maßnahmen, Verhaltensanreizen und kleineren infrastrukturellen Verbesserungen wie z.B. attraktiven Radständern und Leitsystemen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Die Verkehrsparmaßnahmen der einzelnen Gemeinden werden durch das Land NÖ zu 50% gefördert und außerdem durch eine jährliche übergreifende Kampagne ergänzt. Die Kampagne des Jahres 2005 „Lass den Kübel stehen“ erzielte sehr gute Bekanntheits- und Akzeptanzwerte. Im Jahr 2006 wird die Kampagne „Minus 600 km“ durchgeführt, die alle LenkerInnen dazu auffordert, in diesem Jahr zumindest 600 Autokilometer – dies entspricht rund 100 kg CO₂ – einzusparen. Die Zwischenevaluation im Jahr 2005 ergab eine Bekanntheit des Projektes von knapp 60% in der Wienerwaldregion und eine sehr positive Beurteilung (17% „sehr gut“, 76% „gut“). Ein Drittel der BewohnerInnen gaben an, weniger mit dem Auto zu fahren seit die eigene Gemeinde Verkehrspargemeinde ist. Der Anteil der Wege, die mit dem Auto zurückgelegt wurden sank seit Projektstart von 64% auf 61%.

Internet: www.vspar.at/vww

Sprit sparend Fahren – eine Initiative in Niederösterreich

Im Jahr 2000 wurden mehrere Ansätze zur Motivation und Ausbildung der NiederösterreicherInnen zu einer Sprit sparenden Fahrweise entwickelt. Umgesetzt wurde schließlich ein Konzept, bei dem jährliche Spritsparwettbewerbe für einen möglichst breiten Kreis von TeilnehmerInnen im Mittelpunkt stehen. Im Jahr 2002 wurden die ersten Spritsparwettbewerbe durchgeführt und von den NiederösterreicherInnen sehr gut aufgenommen. Die Anmeldezahlen stiegen jedes Jahr stark an (von 300 im Jahr 2002 bis knapp 3.000 im Jahr 2006). Die Zahl der TeilnehmerInnen wurde von anfänglich 200 auf nun rund 300 erhöht. Die Wettbewerbe werden jedes Jahr durch eine Medienkooperation begleitet. Die Wettbewerbe finden üblicherweise an 3 bis 4 Wochenenden im Juni statt. Sieger ist, wer eine rund 20 km lange Strecke mit einem von 6 Wettbewerbsfahrzeugen mit genauer Verbrauchsmessung mit dem geringsten Spritverbrauch meistert. Pro Tag können 40 Personen teilnehmen. Jeder Halbtage wird getrennt gewertet. Alle HalbtagesiegerInnen kommen ins Finale. Der Finalsieger bzw. die Finalsiegerin gewinnt einen Sprit sparenden Kleinwagen. Seit dem Jahr 2004 werden österreichweite Spritsparwettbewerbe nach dem Niederösterreichischen Vorbild durchgeführt, die sich ebenfalls großer Beliebtheit erfreuen. Eine Evaluation im Jahr 2005 ergab eine Bekanntheit der Spritsparinitiative in Österreich von knapp 50%. In Niederösterreich liegt die Bekanntheit bei über 60%. Im Durchschnitt verbrauchen die TeilnehmerInnen nach dem Wettbewerb und der damit verbundenen intensiven Beschäftigung mit dem Thema im Alltagsverkehr um 0,75 Liter weniger Sprit pro 100 km.

Internet: www.vspar.at/sprit

Lokaler Aktionsplan für Beschäftigung und Bildung Munderfing (OÖ)

Im "Lokale Agenda 21-Prozess" von Munderfing wurde erkannt, dass der Mensch der entscheidende Erfolgsfaktor für das wirtschaftliche Wachstum im 21. Jahrhundert ist. Darauf aufbauend haben sich innovative Kräfte und ExpertInnen in der Gemeinde Munderfing

zielgerichtet und unter professioneller Begleitung vernetzt, woraus sich ein "Wir-Gefühl" und in Folge eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft, Schule, Arbeitsmarkt, Verwaltung und BürgerInnen - der Lokaler Aktionsplan für Beschäftigung und Bildung (LABB) Munderfing – entwickelt haben. Der LABB Munderfing zeigt auf, dass eine Gemeinde durch rechtzeitige Weichenstellung in Form einer strategischen Partnerschaft mit lokalen und regionalen SchlüsselakteurInnen die Wirtschaftsentwicklung und damit auch die Zukunftssicherung der Gemeinde wesentlich begünstigen kann. Unternehmen sichern Einnahmen und sorgen für Wertschöpfung. Davon profitieren auch die BürgerInnen und die Gemeindeverwaltung, z.B. durch qualifizierte Arbeitsplätze, Sicherung der Infrastruktur und Nahversorgung, Vermeidung von Pendlerverkehr und Abwanderung. Sieben Folgeprojekte wurden auf den Weg gebracht: "Wirtschaftsservice der Gemeinde", "Netzwerk Einstieg", "Munderfing Wirtschaftsgespräche", "Regionale Schulungen im Bildungszentrum Munderfing", "Kooperationsdreieck Schule-Wirtschaft-Eltern", "Haus der Generationen", "Mietbüro Munderfing".

Internet: www.pakte.at/projekte/1360.html

Klimarettung – eine oberösterreichische Breitenkampagne

Seit 2002 läuft in Oberösterreich „Klimarettung“ als gemeinsames Programm der Ressorts Umwelt, Energie, Agrar und Verkehr. Haushalte füllen Ihre persönliche Haushalts-Klimabilanz aus und wissen sofort, ob sie ein Klimapionier, Klimaretter oder ein Haushalt sind, in dem noch einiges für den Klimaschutz getan werden kann. Vorbildliche Klimabündnis-Gemeinden können Klimarettungspartner werden und erhalten Unterstützung im Rahmen der 10.000 Euro-Sonderförderung. Weiters stehen 16 fertig ausgearbeitete Klimaschutz-Projekte zur Umsetzung bereit. Schulen, die sich mit einem Klimaschutzprojekt beschäftigen, können Klimaretter werden. Klimapionier-Schulen setzen das ganzjährige Projekt BONUS um. Betriebe, Organisationen, Wohnbauträger: Klimaretter und –pioniere setzen am Standort Klimaschutzmaßnahmen um die sich innerhalb von drei bzw. fünf Jahren rechnen. Betriebe mit besonderem Bezug zum Klimaschutz können Klimarettungspartner werden (z.B. ArchitektInnen, Banken, Energieversorger, RauchfangkehrerInnen), ebenso Organisationen, die sich dem Klimaschutz verpflichten. Wohnbauträger nehmen Klimaschutz in ihre Unternehmensstrategie auf und erfüllen Kriterien hinsichtlich Energieeffizienz und Verwendung erneuerbarer Energieträger. Neu in der Klimarettung:

- Folder „Hochwasser-Krisenplan“ mit dem ganz einfach ein persönlicher Krisenplan erstellt werden kann.
- Energieverbrauchskalkulator, mit dem Haushalte sofort ermitteln können, ob Ihr Heizenergie- und Stromverbrauch zu hoch ist.
- VICTORY – ein Unterstützungsprogramm für besonders attraktive Klimaschutztechnologien

Internet: www.klimarettung.at

Das oberösterreichische 100-Gemeindenprogramm zur Lokalen Agenda 21

Zur breiten Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung in den Gemeinden und Regionen hat das oberösterreichische Umweltressort im Oktober 2005 das „100-Gemeindenprogramm zur Lokalen Agenda 21“ gestartet. Kernziel ist der Aufbau eines landesweiten Netzwerkes von lokalen Initiativen, PartnerInnen und AkteurInnen zur Nachhaltigkeit. Im Jahr 2009 werden folgende Schwerpunkte umgesetzt

- verbessertes Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebot
- wissenschaftliche Evaluierung, kontinuierliche Verbesserung, Qualitätsmanagementsystem für Nachhaltigkeit

- RegionalmanagerInnen für Nachhaltigkeit zur dezentralen Betreuung
- mehrjährige PR-Kampagne zu Nachhaltigkeit und LA 21
- Schwerpunkt „Global Marshallplan und Gemeinden“
- Schwerpunkt „lokale Wirtschaft und LA 21“
- Verknüpfen der lokalen Nachhaltigkeit mit den EU Regionalprogrammen 2007-13

Bis zum Jahr 2009 sollen mehr als 100 aktive Gemeinden und Regionen, 100 neue Zukunftsprojekte und 5.000 neue Beteiligte erreicht werden.

Internet: www.lebensraum-mit-zukunft.at

WIN-Bau - Impulse für eine innovative und nachhaltig orientierte steirische Bauwirtschaft

WIN-Bau ist eines von zwölf Beratungsmodulen der Steirischen Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit (WIN). Ziel des Projektes WIN-Bau war es, neue Impulse für eine innovative und nachhaltig orientierte steirische Bauwirtschaft zu vermitteln, ökologisches und energieeffizientes Bauen als Standard in der steirischen Bauwirtschaft zu definieren, neue Märkte zu erschließen und dadurch einen Beitrag zur Erreichung der Kyoto-Zielsetzung zu leisten. Im Dezember 2005 wurde das Projekt abgeschlossen. Folgende Ergebnisse konnten bisher erreicht werden:

- Installierung eines WIN-Bau-Lehrganges mit dem praxisbezogene Inhalte für Fachleute als Fortbildungsmaßnahme zum Thema „Nachhaltiges Bauen“ vermittelt werden.
- Erstellung einer E-Learning-Plattform für WIN-Bau-BeraterInnen und einschlägigen Fachleuten wie z.B. ZivilingenieurInnen, Unternehmens- und EnergieberaterInnen. Mit der Installierung dieser Ausbildungsschiene ist die Steiermark hinsichtlich eines qualitativ hochwertigen Qualifizierungsangebotes für nachhaltiges Bauen und Sanieren in Österreich federführend.
- Innerhalb des WIN-Konsulentenpools stehen mit Stand März 2006 insgesamt 32 qualifizierte BeraterInnen für nachhaltiges Bauen und Sanieren zur Verfügung. Im Projektzeitraum konnten 22 Beratungsprojekte durchgeführt werden.
- Das entwickelte Qualitätslabel „WINBAU SPINWHEEL“ könnte hinkünftig bei allen Gebäudekategorien zur Anwendung kommen und ist mit den Kategorien des zukünftigen EU-Gebäudeausweises systematisch abgestimmt. Mit dem WINBAU SPINWHEEL steht ein praktikables Bewertungsmodell für Gebäude zur Verfügung, das Nachhaltigkeit gleichsam „auf einen Blick“ sichtbar macht.
- Relevante Fakten und strategische Erkenntnisse aus dem Projekt WINBAU wurden in einem Strategiepapier „Nachhaltig Bauen und Sanieren in der Steiermark“ zusammengefasst.

Internet: www.oeko.steiermark.at

Schul-Umweltwochen Steiermark

Bereits seit dem Jahr 2003 werden in der Steiermark Projekt-Umweltwochen für Schulen durchgeführt. Ziel ist es, SchülerInnen Wissen zu den Themen, Umwelt, Landwirtschaft, und Abfallwirtschaft zu vermitteln. Ein wesentlicher Schwerpunkt wird dabei auf die Regionalität gelegt, daher variieren die Inhalte der Wochen auch, da auf die regionalen Unterschiede und Gegebenheiten stark Rücksicht genommen wird und diese in das Programm miteinbezogen werden. Dieser Umstand wirkt sich auch auf die Veranstaltungsorte aus, so wurden die Schulumweltwochen auf Bauernhöfen, auf einer landwirtschaftlichen Versuchsfläche und einem Frischehof durchgeführt. Auf Grund des großen Erfolges und der Nachfrage aus den

Abfallwirtschaftsverbänden, wurde das Projekt kontinuierlich weiterentwickelt. Waren es in der Pilot- und Entwicklungsphase in den Jahren 2003 und 2004 jeweils eine Schulumweltwoche, wurden im Jahre 2005 bereits je zwei Wochen in zwei Abfallwirtschaftsverbänden durchgeführt. Durch die Einbindung neuer Partner wird es im Jahr 2006 möglich sein, insgesamt Nachhaltigkeits- und Schulerlebniswochen und zwar in den Abfallwirtschaftsverbänden Feldbach, Graz, Hartberg, Leoben und Weiz durchzuführen. Ziel ist es, dieses Projekt, welches in der Steiermark mittlerweile bereits eine Institution und eine fixe Größe in der Nachhaltigen Entwicklung und Bewusstseinsbildung von SchülerInnen geworden ist, auch in den nächsten Jahren in diesem Umfang durchführen zu können.

Internet: www.nachhaltigkeit.steiermark.at

Bio-Lebensmittel in steirischen Großküchen

Einem wegweisenden Landtagsbeschluss des Landes Steiermark (der fordert, dass in landeseigenen Großküchen 25 Prozent der eingesetzten Lebensmittel aus biologischer Produktion sein sollen) zufolge wurde in den vergangenen drei Jahren in den steirischen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen die Einführung und schrittweise Steigerung eines Bio-Lebensmittelangebotes forciert. Da die Außer-Haus-Verpflegung sowohl mengen- als auch wertmäßig um ein Vielfaches zugenommen hat, wurde hier einerseits der gesundheitspolitischen Verantwortung Rechnung getragen andererseits auch der Schulungsauftrag wahrgenommen: Küchenpersonal und Tischgäste wurden über den gesundheitlichen Wert von Bio-Lebensmitteln in Workshops und Informationsbroschüren aufgeklärt. Der messbare Erfolg des Großküchenprojektes ist, dass von den steirischen Institutionen jährlich ca. 800.000 Euro für Bio-Lebensmittel ausgegeben werden. 70 von 96 Institutionen setzen bereits Bio-Lebensmittel ein. Bei den verwendeten Bio-Produktgruppen liegen Milch- und Milchprodukte an der Spitze, gefolgt von Bio-Gemüse und Bio-Fleisch. Schlusslichter mit Aufholbedarf stellen die Produktgruppen Kartoffel, Brot und Gebäck, Sonstiges und Eier dar. Bio-Qualität wird geschätzt. 72,7 % aller befragten Einrichtungen setzen aus diesem Grund biologische Lebensmittel ein. Die Regionalität biologischer Produkte steht mit 63,6 % an zweiter Stelle. Weitere Gründe: Gesundheitlicher Aspekt, Frische und Geschmack, Kennzeichnungspflicht, Landschaftspflege, Gentechnikfreiheit, Tier- und Umweltschutz sowie Akzeptanz bei den Tischgästen und Patienten.

Internet: www.ernte-steiermark.at,

Nachhaltiges Abfall(wirtschafts)konzept in steirischen Gemeinden

Mit dem „Nachhaltigen Abfall(wirtschafts)konzept“ wurde ein einheitlicher abfallwirtschaftlicher Qualitätsstandard auf kommunaler Ebene unter Einbeziehung der AbfallberaterInnen, der Abfallwirtschaftsverbände und des Landes Steiermark definiert, der in allen 542 Gemeinden des Landes zur Anwendung kommen soll. In zwei Workshopreihen in Kombination mit Beratungen vor Ort haben bisher VertreterInnen aus 30 steirische Städten und Gemeinden unter der Anleitung von eco4ward mit Unterstützung der AbfallberaterInnen und VertreterInnen der Abfallwirtschaftsverbände als Pioniere von November 2004 bis Mai 2006 ein gemeindespezifisches „Nachhaltiges Abfall(wirtschafts)konzept“ erstellt. Dabei werden die abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten und Leistungen der Gemeinde zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung der Abfälle erfasst, durchleuchtet, bewertet und Verbesserungsmöglichkeiten offen gelegt. Wesentlicher Bestandteil ist der Kosten-/Nutzencheck für die abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten der Gemeinde. Damit können die tatsächlichen Kosten und Einnahmen bzw. Erlöse ermittelt werden und den abfallrelevanten Leistungen der Gemeinden gegenüber gestellt werden. Mit den einheitlichen Erhebungen werden die Grundlagen für neue Abfuhrordnungen mit einer transparenten,

verursachergerechten Gestaltung der Abfallgebühren geschaffen, Kennzahlen festgelegt und Verbesserungspotenziale erkannt.

Agendawettbewerbe in Salzburg

Innovative Ideen und deren Umsetzung stellen einen wichtigen Motor für einen Bewusstseinswandel und gelebte Nachhaltigkeit dar. Engagierte Menschen erfüllen eine Vorbildwirkung, Projekte regen zum Nachahmen an. Mit den „AGENDA-Wettbewerbe hat das Land Salzburg neue Ideen in der Wirtschaft, in Gemeinden und Regionen initiiert und gefördert.

Mit verschiedenen Ansätzen („**SALINA**“ – Salzburger Initiative für Nachhaltigkeit, **business transformation** - nachhaltige Produkte und Dienstleistungen, **Agendabetriebe Tourismus Salzburg**) wird die Entwicklung von umsetzungsorientierten und branchenunabhängigen Methoden für nachhaltiges Wirtschaften in Salzburger Klein- und Mittelbetrieben vorangetrieben. An Hand konkreter Beispiele wird versucht, verantwortungsvollen Umgang mit den MitarbeiterInnen, das Schließen von Stoffkreisläufen, Ressourcenschonung, den Einsatz erneuerbarer Energieträger, Produkt- und Dienstleistungsinnovationen sowie die Wahrnehmung sozialer und regionaler Verantwortung in die strategische Unternehmensplanung zu integrieren.

Neben den Betrieben werden auch nachhaltige Projekte aus allen Lebensbereichen bis Herbst 2006 umgesetzt. Das Projekt **<KunstVerjüngung> im Oberpinzgau** will die Aufforstung eines großen Kahlschlags als Folge von Sturmschäden in Uttendorf im Oberpinzgau in einzigartiger Weise, sowohl hinsichtlich Gestalt (künstlerisches Design), Prozess (Aufforstung, Dokumentation und Betreuung durch Schulen der Region, Kooperation mit regionalen Kulturinitiativen sowie Tourismuseinrichtungen) und Qualität (regionstypische Artenzusammensetzung) gewährleisten. In der Region Salzburger Seengebiet wird von der Gemeinde Mattsee mit **Natur bewegt – Kultur belebt** nachhaltige Tourismusentwicklung forciert und mit **ZukunftsSensorium - Ein interaktiver Themenweg zur Lokalen Agenda 21** in origineller und eindrucksvoller Weise der Werdegang des Schaudorfes Schleedorf erlebbar gemacht.

Internet: www.umweltservicesalzburg.at

Nachhaltigkeits-ProjektCheck für Tiroler Unternehmen

Der Nachhaltigkeits-ProjektCheck stellt ein Bewertungsinstrument für Projekte zur nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene dar. Die Bewertung erfolgt mittels Selbsteinschätzung der ProjektleiterInnen und –teams sowie durch Fremdeinschätzung z.B. durch Sachverständige auf der Basis von Detailfragen. Der Nachhaltigkeits-ProjektCheck soll als Softwaretool auf CD-ROM, aber auch in Papierform zu Verfügung stehen und einen schnellen Überblick über die Qualitäten des Projekts in Bezug zu den Grundsätzen einer Nachhaltigen Entwicklung geben. Bewerbungen für den Tiroler Nachhaltigkeitscheck werden seit Anfang Dezember 2005 in der LA 21-Leitstelle des Landes Tirol entgegengenommen. Nach Absprache mit den Unternehmen wird ein Nachhaltigkeitscheck in Form eines Audits durchgeführt. Auf die Auswertung der Ergebnisse folgt die Dokumentation in Form eines Lang- und eines Kurzberichtes, wobei sowohl positive Entwicklungen hervorgehoben als auch Bereiche mit Verbesserungspotenzial angesprochen werden. Eine Jury bestehend aus VertreterInnen des Landes Tirol, der Wirtschaftskammer und der Universität Innsbruck entscheidet letztlich, welche Unternehmen das Zertifikat entgegennehmen dürfen. Gegenstände der Untersuchungen sind das Management, die unternehmensinternen Prozesse und Ergebnisse, wobei sich das Augenmerk jeweils auf die drei Bereiche Soziales, Ökologie und Ökonomie richtet. Mit einem ca. 116 Fragen umfassenden Katalog wird versucht, ein

objektives Bild der Nachhaltigkeitsleistung der Unternehmen zu konstruieren und gegebenenfalls Optimierungsmöglichkeiten zu identifizieren. Im Bereich Ökologie werden z.B. der Stellenwert des Umweltschutzes und dessen Implementierung im Unternehmen sowie der Umgang mit natürlichen Ressourcen und die Entwicklung von Stoff- und Energieströmen ermittelt. Die ökonomisch orientierten Kriterien beziehen sich unter anderem auf die langfristige Sicherung des Unternehmens, die Ausgestaltung des Qualitätsmanagements und auf die Beziehungen mit Gesellschaftern und Kunden. Im Bereich Soziales stehen Fragen zum Umgang und der Förderung von Mitarbeitern sowie zur Ausgestaltung der Interaktion mit der Gesellschaft im Mittelpunkt. Die Auswertung hat verschiedene Funktionen zu erfüllen und richtet sich dabei an drei relevanten Zielgruppen aus: Projektteam / ProjektwerberIn, EntscheidungsträgerIn der Förderstellen sowie Verwaltung und Regionalentwicklung. Die Echtzeit-Bewertung des Projektes soll Projektteams bereits in der Entwicklungsphase Stärken und Schwächen sichtbar machen und Impulse zur Verbesserung liefern. Auf diese Weise kann der ProjektCheck als pädagogisches Instrument verstanden werden. Wird ein Projekt eingereicht, bietet der ProjektCheck eine Entscheidungsgrundlage für die Vergabe von Zuschüssen bzw. Förderungen. Möglichkeiten von additiven bzw. vergleichenden Analysen (Jahresauswertung, Bezirksstatistik, etc.) machen Tendenzen in der Regionalentwicklung sichtbar. Die ersten 10 Unternehmer konnten 2005 zertifiziert werden. 2006 wurden schließlich von 28 Interessierten, 11 Unternehmer zu „Nachhaltige Unternehmer Tirols“ zertifiziert, damit hat Tirol 21 Unternehmer, die diese Auszeichnung verdienen.

Das Gurgltal - Regionale Agenda

Im April 2002 haben sich die vier Gurgltal Gemeinden Karrösten, Imst, Tarrenz und Nassereith für ein gemeinsames Zukunftsprojekt Gurgltal entschieden. Über einen Zeitraum von zunächst 3 Jahren sollten in einem breiten Konsultationsprozess mit den BürgerInnen sowie unter Einbindung von ExpertInnen eine Vision für die ökologische, ökonomisch nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung im Gurgltal aufgezeigt, Ziele formuliert und dafür geeignete Maßnahmen zur Umsetzung erarbeitet werden. Als erster Schritt im Zukunftsprojekt wurde die Vielfalt an Meinungen, Wünschen und Zielen erhoben, strukturiert und auf möglichst breiter Basis diskutiert. In vielen Workshops, Diskussionsforen, Exkursionen und Fortbildungsaktionen brachten in den engagierte BürgerInnen, VertreterInnen von Vereinen und Gemeinden sowie Menschen aus der Politik, der Wirtschaft und Körperschaften ihre Kraft ein, damit die Zukunft des Gurgltales aus den Ideen aller GurgltalerInnen gemacht wird. Ein Prozess der Vernetzung von Wünschen, Hoffnungen und Kompetenzen vieler wurde in Gang gesetzt. Ergebnisse der ersten Jahre des Entwicklungsprozesses im Gurgltal waren u.a. verschiedenste Exkursionen im Gurgltal, Workshops, Veranstaltungen, Ferialjobs für Jugendliche, Ausbildungsprogramme, Einkaufsgemeinschaften, Aufbau des Ökozentrums, Gurgltalfeste, Naturkindergarten, etc. Im vierten Jahr der Umsetzung hat sich das Gurgltal auf den Weg zur Energieregion Gurgltal gemacht. Dabei geht es um ein breites Verständnis für zukunftsorientierte Themen wie ökologisch innovativen Hausbau, Energiesparhaus und Biomasseheizung. Erneuerbare Energiequellen haben ebenfalls einen hohen Stellenwert.

Internet: www.agenda-tirol.at/agenda21/gurgltal/projektgurgltal.htm

Unternehmen.V und Unternehmen.21 - Grenzüberschreitendes Label für Nachhaltige Entwicklung

Vorarlberg ist Teil der Bodensee-Region, ein einzigartiger Natur-, Freizeit- und Wirtschaftsraum. An ihrem Beispiel wird deutlich, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit nicht an nationale Grenzen gebunden ist. Es macht vielmehr Sinn, diesen über die Ländergrenzen hinweg gemeinsam aufzugreifen. Dies tut die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) seit

1999 mit ihrem Projekt Bodensee Agenda 21. Nachhaltige Lösungsansätze sollen thematisiert und ein einheitliches Nachhaltigkeitsniveau in der internationalen Bodenseeregion etabliert werden. Die hauptsächlichen Zielgruppen sind dabei die Gemeinden und die Jugend. Vorarlberg konnte in diesem Rahmen zahlreiche Anregungen für Projekte geben. Durch Mitarbeit in nationalen wie internationalen Nachhaltigkeitsgremien ist Vorarlberg in einer besonderen Lage zur Mitentwicklung einheitlicher Standards und geeigneter Unterstützungsinstrumente für nachhaltige Gemeindeentwicklung. Das Programm Unternehmen.V, in dem seit 2001 an einem Nachhaltigkeitsmanagementsystem für Vorarlberger Gemeinden gearbeitet worden ist, wurde im Jahr 2004 von der Bodensee Agenda 21 übernommen und ist die Basis für ein grenzüberschreitendes Programm für LA21 Prozesse in Gemeinden und Städten rund um den Bodensee. Mit Unternehmen.21 wurde nun ein Label geschaffen, das besonders aktive und innovative LA21 Gemeinden mit einem internationalen Label „Ort Nachhaltiger Entwicklung“ auszeichnet. Zusätzlich existiert mit dem „Unternehmen.V Projekt Check“ ein Instrument zur Wirkungsbewertung unter Einbindung der Bevölkerung. Der Projekt Check ist eine einfache und praxistaugliche Methode um Projekte und Entscheidungen besser zu gestalten oder auch Projektwirkungen zu evaluieren und damit einen Lernprozess in Gang zu halten. Der Projekt Check wurde im Büro für Zukunftsfragen entwickelt und steht nun allen Gemeinden in Vorarlberg zur Verfügung. Die Anwendung des Projekt Checks ist nicht nur für bestehende LA21 Gemeinden ein passendes Instrument, ihre Entscheidungen und Projekte zu verbessern, sondern zusätzlich eine sehr niederschwellige Eintrittspforte für Gemeinden, die sich für eine Lokale Agenda 21 interessieren.

Internet: www.unternehmen-v.at www.unternehmen21.net

Jugendprogramm der Bodensee Agenda 21

Ziel des Jugendprogramms der Bodensee Agenda 21 ist es, den Jugendlichen der Region die Plattform zu geben, ihre Wünsche und Ideen an die Zukunft zu formulieren, sich ein- und mitmischen zu können. „Denn wir halten es für wichtig, dass einmal die Erwachsenen und Politiker zuhören und erfahren, was die Jugendlichen selbst zu dieser Region und zur Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes zu sagen haben!“ Das übergeordnete Ziel ist ein Miteinander der Generationen, wo alle Partner voneinander lernen können und das Engagement von Kindern und Jugendlichen sichtbar gemacht wird. Folgende Programmpunkte wurden bzw. werden derzeit umgesetzt: Jugendgipfel 2003 und 2005 mit über 2.500 Jugendlichen, Filmwettbewerb zum Thema nachhaltiger Konsum, Bandwettbewerb, Internetschnitzeljagd, Exkursionen zu Projekten nachhaltiger Energieerzeugung, Kinderbuch, Jugendcamp 2006, Evaluation und Entwicklung von Modellen politischer Jugendbeteiligung u.a.m.

Internet: www.bodensee-agenda21.net

Biosphärenpark Großes Walsertal – Modellregion mit Zukunft

Der Biosphärenpark Großes Walsertal ist eine Modellregion für modernes, nachhaltiges Wirtschaften im alpinen Raum. Dem Großen Walsertal wurde von der UNESCO im Jahr 2000 das Prädikat Biosphärenpark verliehen. In einem vorbildlichen Entwicklungsprozess wurde unter intensiver Einbindung der Bevölkerung für das einst wirtschaftsschwache Tal eine Grundlage für die Zukunft geschaffen. Eine ausgewogene und langfristig orientierte Planung und die Umsetzung zahlreicher Projekte hat große Ausstrahlung im Land und darüber hinaus (was die zahlreichen Exkursionen unterstreichen). In diesen Jahren entstanden eine Vielzahl an Projekten von regionalen Gruppen und ein reichhaltiges Programm für BesucherInnen. Die Entwicklung hat zu einer intensiven Zusammenarbeit der Gemeinden

geführt und das Tal für ein regelmäßiges Nachhaltigkeitsmonitoring durch. Einige wichtige Daten zur Region:

- Walser Siedlungen, gesamt mit ca. 3500 Einwohnern
- ca. 180 landwirtschaftliche Betriebe davon 100 Biobetriebe
- ca. 180.000 Nächtigungen pro Jahr
- ausgezeichnet mit dem Europäischen Dorferneuerungspreis 2002
- ausgezeichnet mit dem Preis "Gemeinde der Zukunft" 2003
- energieeffiziente Region mit 3 e's seit 2004
- Energieregion der Zukunft 2005
- EMAS zertifizierte Region seit 2004

Internet: www.grosseswalsertal.at

Wiener Strategien für Nachhaltige Entwicklung

Bereits im Jahr 2000 hat die Wiener Stadtregierung einen ersten **Strategieplan für Wien** vorgelegt. In der Zwischenzeit haben sich einige wesentliche Rahmenbedingungen geändert (insbesondere Osterweiterung der EU), viele Themenbereiche und strategische Projekte wurden seither weiterentwickelt. Deshalb wurde 2004 der "Strategieplan Wien im erweiterten Europa" beschlossen, der explizit dem Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist und daher auch als regionale Nachhaltigkeitsstrategie verstanden werden kann. Gegenüber dem Strategieplan 2000 wurden die Grundorientierungen auf Nachhaltigkeit, regionale Zusammenhänge, Gender Mainstreaming, aktive Standortpolitik, Öffentlichkeit und Partizipation vertieft. Insgesamt wurde auch die Umsetzungsorientierung deutlich verstärkt. Seit der Erstellung des ersten Strategieplans zeigt sich in der Umsetzung von Leitbild und strategischen Zielen eine vielfältige und insgesamt dynamische Entwicklung. Darauf aufbauend wurde eine Vielzahl von neuen Projekten definiert und in den neuen Strategieplan aufgenommen, der nun insgesamt 42 strategische Projekte beinhaltet. Parallel zum laufenden Monitoring wird auch untersucht, wo im Hinblick auf eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie noch ein Vertiefungsbedarf gegeben ist und wie dem Rechnung getragen werden kann.

Internet: www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategieplan/index.htm

Der **Stadtentwicklungsplan 2005 (STEP 05)**, der die räumliche Gesamtentwicklung Wiens festlegt, konnte somit auf mittel- bis langfristigen Konzepten und Programmen, den Strategieplan und den Masterplan Verkehr, aufsetzen. War der STEP 94 durch die Notwendigkeit einer Neuorientierung innerhalb des Neuen Europas und der Vorsorge für eine erstmals wieder wachsende Stadt gekennzeichnet, sind die Problemstellungen mittlerweile wesentlich konkreter geworden. Daher liegt das Schwergewicht auf der Umsetzung, das heißt auf der konkreten Benennung der Handlungsräume und den dafür vorgesehenen Instrumenten und Maßnahmen. Aufgrund der neuen Rahmenbedingungen ist die Einbeziehung der Region bis über die Staatsgrenzen hinweg ein Grundelement des STEP 05. Auch die Vorgangsweise bei der Erarbeitung hat sich deutlich von den bisherigen Stadtentwicklungsplänen abgehoben: Die Inhalte wurden in einem breiten Diskussionsprozess erarbeitet. Darüber hinaus bestimmen die Prinzipien des Gender-Mainstreaming den gesamten Prozess.

Internet: www.wien.gv.at/stadtentwicklung/step/index.htm

Wiener Programme für Nachhaltige Entwicklung

Seit 1998 laufen in Wien **Lokale Agenda 21 Prozesse**. Derzeit hat 40% der Wiener Bevölkerung die Möglichkeit sich an diesen Prozessen in acht Wiener Bezirken zu beteiligen.

Internet: www.la21wien.at

Der bereits 1998 von der Wiener Umweltschutzabteilung ins Leben gerufene **ÖkoBusinessPlan Wien** - das Umweltservicepaket der Stadt Wien für die Wiener Wirtschaft - startet 2006 in seine dritte Programmperiode. In Vorbereitung darauf fand 2005 ein intensiver Strategieentwicklungsprozess statt, um die Effektivität, Attraktivität und Aktualität des Programms weiter voranzutreiben. Der ÖkoBusinessPlan Wien Phase 3 verstärkt neben den Schwerpunkten Ökologie und Ökonomie zusätzlich die soziale Säule und wird damit zum Nachhaltigkeitspaket für Wiener Unternehmen. Bei der Weiterentwicklung des Programms wurde insbesondere auf Kontinuität, Synergiebildung, Flexibilität sowie die Schaffung eines Umfeldes und die Erhöhung der Breitenwirkung Bedacht genommen. Entsprechend der auf Nachhaltige Entwicklung hin erweiterten Zielsetzung des Programms werden nun zusätzlich drei Pilotprojekte angeboten: "Nachhaltige Entwicklung in Wiener Betrieben“, „Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen“ sowie „Umweltmanagementsysteme für Produktionskleinbetriebe“. Bisher nahmen mehr als 500 Unternehmen am ÖkoBusinessPlan teil, die mehr als 9000 Umweltprojekte und Maßnahmen umgesetzt haben. Damit konnten Kosten im Ausmaß von mehr als 30 Millionen Euro gespart werden.

Internet: www.oekobusinessplan.wien.at

Mit dem **Klimaschutzprogramm** (KliP) hat die Stadt Wien 1999 ein besonders ehrgeiziges und engagiertes Umweltprogramm ins Leben gerufen. Angestrebt wird u.a. bis zum Jahr 2010 minus 14 Prozent bei den Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) gegenüber dem Wert für 1990. Das Klimaschutzprogramm enthält 36 Maßnahmenprogramme in den Handlungsfeldern Fernwärme- und Stromerzeugung, Wohnen, Betriebe, Mobilität und Stadtverwaltung. Insgesamt konnten durch die bisherige Umsetzung von KliP-Maßnahmen jährliche CO₂-Emissionen von rund zwei Millionen Tonnen vermieden werden. Die größten Erfolge konnten in den Bereichen Fernwärmeausbau, Effizienzsteigerungen in den Kraftwerken, Wärmedämmung von Gebäuden sowie Ausbau des öffentlichen Verkehrs erzielt werden. Da der Stromverbrauch privater Haushalte vor allem infolge der ständigen Zunahme an elektrischen und elektronischen Geräten stark ansteigt, will die Stadt Wien dem Energiesparen einen neuen Stellenwert geben. 2004 wurde daher ein parteienübergreifender Prozess gestartet, um ein „Energiesparprogramm“ für Wien auszuarbeiten. Die Bereiche Haushalte, Gewerbe, der Dienstleistungsbereich, die Industrie, die öffentlichen Einrichtungen, Landwirtschaft und Verkehr werden auf Möglichkeiten und Potenziale zum Energiesparen untersucht und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen und Maßnahmen definiert.

Internet: www.wien.gv.at/umwelt/klimaschutz/index.htm

Ökokauf Wien

Jahr für Jahr kauft die Stadt Wien eine Vielzahl von Produkten, Waren und Leistungen aller Art im Wert von etwa fünf Milliarden Euro ein. Der Ankauf so großer Warenmengen gibt die Möglichkeit, auf die Qualität und Beschaffenheit der Produkte wesentlich mehr Einfluss zu nehmen, als einzelne KonsumentInnen es vermögen. Mit dem Projekt „ÖkoKauf Wien“ wird die gesamte Beschaffung von Bau-, Dienst- und Lieferleistungen durch die Stadt Wien ökologisiert. In derzeit achtzehn Arbeitsgruppen werden ökologische Kriterien ausgearbeitet, wobei Faktoren wie Wirtschaftlichkeit, Qualitätsanforderungen, ArbeitnehmerInnen-Schutz und Gebrauchstauglichkeit selbstverständlich ebenfalls berücksichtigt werden. Die Palette

reicht dabei von Beleuchtung, Büromaterial, Baumaterialien, Elektrogeräten, Hoch- und Tiefbauleistungen, Lebensmitteln bis zu Fahrzeugen, Möbel, Wasch-, Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Kriterienkataloge werden ständig weiterentwickelt. Seit 2003 sind gemäß eines Erlasses die Ergebnisse von ÖkoKauf bei Vergaben der Stadt Wien zu berücksichtigen. Soll im Einzelfall davon abgewichen werden, so muss dies schriftlich im Vergabeakt begründet werden. Derzeit wird erstmalig und in direkter Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auch an einer Planungsrichtlinie, und zwar im Bereich des Schul- und Sportstättenbaus, gearbeitet.

Internet: www.oekokauf.wien.at

Aktuelle Herausforderungen

Weichenstellungen für ein Nachhaltiges Österreich

Österreichs Nachhaltigkeitsstrategie hat die institutionellen Voraussetzungen für eine Trendwende geschaffen und erste erfolgreiche Projekte initiiert. Um die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu meistern, ist es erforderlich die wichtigsten nicht-nachhaltigen Trends zu identifizieren um in den nächsten Jahren entsprechende Schwerpunkte zu setzen. Die europäische Kommission nimmt 2005 in ihren Mitteilungen zur Revision der EU-Nachhaltigkeitsstrategie ebenfalls Bezug auf Nicht-Nachhaltige Trends und begründet damit die spezifischen Herausforderungen für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik. Auch in Österreich wurde im letzten Jahr eine Serie von Grundlagenstudien durch das Forum Nachhaltiges Österreich erstellt (siehe Anhang 1).

Im Dezember 2005 wurde die erste externe Evaluierung der Umsetzungsmechanismen und -prozesse der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie fertig gestellt. Die Ergebnisse der Evaluation zeigten, dass die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie im internationalen Vergleich klar im Spitzenfeld vergleichbarer Initiativen anzusiedeln ist. Sie stellt insgesamt eine umfassende, multidimensionale und sektorübergreifende Strategie dar. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern sind die im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie verfolgten Ziele klar definiert, quantifiziert und in konkreten Maßnahmen operationalisiert. In besonderem Maße zeichnet sich die Strategie jedoch durch die Partizipation und Integration einer Vielzahl verschiedener Akteure an zahlreichen Stellen des Strategieprozesses aus. Die gut ausgestaltete Institutionalisierung garantiert zudem die Beteiligung unterschiedlicher Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft während des gesamten Umsetzungsprozesses. Damit geht die Nachhaltigkeitsstrategie weit über den internationalen Trend hinaus, wo meist nur eine ad hoc Beteiligung relevanter Akteursgruppen im Umsetzungsprozess stattfindet.

Die von einem internationalen Expertenteam durchgeführte wissenschaftliche Evaluation hat darüber hinaus Anregungen zur Verbesserung der Umsetzungsmechanismen aufgezeigt (siehe Anhang 2).

Ausblick auf die nächsten Umsetzungsschritte

Aufbauend auf den prozessbezogenen Ergebnissen der ersten Evaluation der Umsetzung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie werden die Umsetzungsschritte der nächsten Periode geplant. Darüber hinaus ist eine Überarbeitung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie bis zum Jahr 2007 vorgesehen, das nächste Arbeitsprogramm wird - abgestimmt mit den Berichtspflichten der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie - bis Juni 2007 erarbeitet.

Abstimmung mit der erneuerten europäischen Nachhaltigkeitsstrategie

Die aktualisierte Version der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ist im Juni 2006 unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft verabschiedet worden. Sie betrachtet die nationale Nachhaltigkeitsstrategien der europäischen Länder als wichtige Umsetzungsinstrumente der europäischen Zielsetzungen an und hat deshalb einen mehrere Ebenen übergreifenden Umsetzungsmechanismus vorgesehen (sog. Governance-Cycle):

- In den künftig geplanten alle zwei Jahre zu erstellen Fortschrittsberichten zur Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie sollen auch Berichte über die Umsetzungsfortschritte der nationalen Ebene enthalten sein. Um diesen Berichtspflichten effizient nachzukommen wird die Erstellung von Arbeitsprogrammen und

Fortschrittsberichten zur Umsetzung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie ab dem Jahr 2007 mit dieser europäischen Berichtspflicht synchronisiert. Dabei sollen auch Entwicklungen und Umsetzungsfortschritte der Bundesländer, Regionen und Gemeinden berücksichtigt werden, um die unterschiedlichen Ebenen besser aufeinander abzustimmen.

- Das von Eurostat entwickelte europäische Set von Nachhaltigkeits-Indikatoren soll bei den Fortschrittsberichten zur Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie verwendet werden. Daher wird das nationale Indikatorensystem mit diesem Indikatoren-Set so weit wie möglich abgestimmt, um die Berichterstattung zu erleichtern.
- Es ist zu erwarten, dass Peer Reviews von den europäischen Mitgliedsstaaten künftig verstärkt zur Analyse und Verbesserung von Umsetzungsprozessen genutzt werden. Da die Umsetzung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie im letzten Jahr von einem internationalen Expertenteam evaluiert wurde, ist für die nächste Berichtsperiode kein Peer Review vorgesehen. Die österreichischen Umsetzungsverantwortlichen sind jedoch gerne bereit, ihre Erfahrungen als Peers in die Review Prozesse anderer Länder einzubringen.
- Im Zuge der anstehenden Aktualisierung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie soll ferner eine Orientierung an den Inhalten und Umsetzungsmechanismen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie stattfinden.
- Das auf österreichische Initiative hin gegründete „European Sustainable Development Network“ soll dazu dienen, Umsetzungserfahrungen zwischen den europäischen Staaten auszutauschen, die vertikale und horizontale Integration zu fördern und Vorschläge für prioritär zu behandelnde Themen zu erarbeiten. Österreich wird auch weiterhin eine zentrale Funktion in diesem Netzwerk erfüllen.

Strategische Planungsfunktion des „Komitee Nachhaltiges Österreich“ stärken

Neben der Koordination der Umsetzungsaktivitäten wird die wichtige Aufgabe des Komitees betont, die Umsetzungsverantwortlichen in den einzelnen Ressorts zu informieren, zu motivieren und strategische Projekte zu initiieren. In den künftigen Arbeitsprogrammen soll ein Fokus auf jene Bereiche gelegt werden, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht und primär an der Entwicklung von Maßnahmen gearbeitet werden, die einen maßgeblichen Beitrag zu den Zielen der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie leisten. Diese stärkere strategische Planungsfunktion des Komitees soll durch Schwerpunktthemen und Leitprojekte ermöglicht werden, zu denen Projekte und Programme konzipiert und umgesetzt werden sollen. Um einen durchgängig hohen Qualitätsstandard und eine Vergleichbarkeit der Maßnahmen und Projekte zu gewährleisten, soll eine bereits als Konzept vorliegende Checkliste weiter entwickelt und zur Qualitätssicherung konsequent angewendet werden. Wesentliche Qualitätskriterien sollten die möglichst mehrdimensionale Ausrichtung der Maßnahmen, die Abstimmung der Maßnahmen mit anderen staatlichen Aktivitäten und die Möglichkeit der Erfolgsmessung sein.

Stärkere Einbindung der Länder in die Umsetzung

Die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes soll, auch im Lichte der integrationspolitischen Ziele der revidierten Europäischen Strategie zur nachhaltigen Entwicklung, zu einer umfassenden nationalen Strategie als ein von Bund und Ländern gemeinsam getragenes Anliegen weiterentwickelt werden. Um eine weitere erfolgreiche Umsetzung Nachhaltiger Entwicklung in Österreich bestmöglich zu unterstützen, soll die Nachhaltigkeitsstrategie auf eine noch breitere Basis gestellt werden. Das bedingt eine verstärkte Einbindung der Bundesländer in die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie mit

dem Ziel, dass sich die Bundesländer klar für die Ziele der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie einsetzen und ihre Umsetzung aktiv mit betreiben. Dadurch wird im Sinne einer vertikalen Integration die Durchlässigkeit von Zielen und Umsetzungen zwischen europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene verbessert. Um die vielfältigen bestehenden Kooperationen systematisch im Planungs- und Umsetzungsprozess zu integrieren und dementsprechend die Bundesstrategie zu einer nationalen Strategie weiterzuentwickeln, wird vorgeschlagen, dass bis Mitte 2007 im Rahmen der bestehende gemeinsame Expertenkonferenz der NachhaltigkeitskoordinatorInnen der Länder und des Bundes ein geeigneter Umsetzungsvorschlag erarbeitet wird. Eine politische Unterstützung dieses Prozesses auf höchster Ebene soll vorab durch die Befassung der Landeshauptleute sichergestellt werden. Im vorliegenden Fortschrittsbericht wurde bereits ein erster Schritt zu dieser Entwicklung gesetzt, indem im ersten Abschnitt auch Umsetzungsbeispiele der Länder vorgestellt wurden. Auf regionaler und lokaler Ebene kann die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 als Beispiel für erfolgreiche Bund-Länder-Kooperation und als wichtiger Ansatz zur Umsetzung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie dienen. Im Zuge der Anstrengungen zur Popularisierung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie sind Wettbewerbe und Ausschreibungen von Preisen für lokale Umsetzungsstrategien vorgesehen.

Aktivere Rolle des Forums Nachhaltiges Österreich

Die bisherige Aufgabe des Forums Nachhaltiges Österreich bestand in der prozessbegleitenden Qualitätssicherung und in der wissenschaftlichen Beratung von Politik und Verwaltung. Eine aktivere Umsetzung des Mandats des Forums Nachhaltiges Österreich wird angestrebt:

- Das Forum soll eine wichtige Rolle bei der Kommunikation des Themas Nachhaltige Entwicklung, der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie, ihrer Ziele und Umsetzungsmaßnahmen erfüllen (z.B. durch Stakeholder-Dialoge, Veranstaltungen)
- Das Forum soll Mitglied im Netzwerk der European Environment and Sustainable Development Advisory Councils (EEAC) werden und darin eine aktive Rolle übernehmen. Ferner soll das Forum einen wichtigen Beitrag zu den Fortschrittsberichten zur Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie leisten.
- Das Forum soll weiterhin Empfehlungen zur Schwerpunktsetzung bei der Umsetzung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln und zwar zum einen bei der Erstellung von Arbeitsprogrammen und zum anderen bei der anstehenden Aktualisierung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Bildung für nachhaltige Entwicklung forcieren

Im Leitziel 4 der Österreichischen Strategie zur nachhaltigen Entwicklung wird ganz besonders auf die Bedeutung des Bildungssektors für die erfolgreiche Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Österreich hingewiesen. Dementsprechend erfolgte im Arbeitsprogramm 2004 der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie ein Auftrag der Bundesregierung zur Ausarbeitung einer Nationalen Strategie zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

Auf internationaler Ebene wurde im Herbst 2004 von der UNESCO zur Umsetzung der UN-Dekade 2005 -2014 "Education for Sustainable Development" ein von der UN Generalversammlung verabschiedeter Rahmenplan („*implementation scheme*“) als Leitlinie für nationalen Initiativen vorgelegt. Dieser soll nun von den Mitgliedsstaaten und deren Nationalkommissionen weiterentwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund haben das Bildungsministerium und Lebensministerium in einem umfassenden Konsultationsprozess seit Mitte 2005 so wie auf Grundlage eines ExpertInnen-

Positionspapiers den Entwurf für eine derartige Strategie zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet. Dieses Strategiepapier soll nach Fertigstellung ebenfalls vom Ministerrat beschlossen werden.

Indikatoren zum Monitoring nachhaltiger Entwicklung und ihre Regionalisierung

Im Indikatoren-Bericht 2006 (siehe Anhang) werden die zu den 4 Handlungsfeldern der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Indikatoren auf Grundlage der verfügbaren aktualisierten Daten fortgeschrieben. Dadurch reichen die im Indikatoren-Bericht dargestellten Trendkurven nun auch bereits in die Zeit der Umsetzung der Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung. Berücksichtigt wurden Definitionsänderungen auf EU- und internationaler Ebene sowie die zur Klarstellung getroffenen Änderungen bei einzelnen Indikatoren. Ziel des Monitorings Nachhaltiger Entwicklung ist, in effizienter Weise möglichst klare Aussagen über die Entwicklung zu ermöglichen, die auch Vergleiche erlauben. Die Weiterentwicklung zielt daher auf eine Vereinfachung der Berichterstattung gleichzeitig mit einer Vertiefung ab, z.B. im Bereich regionalpolitisch wichtiger Fragestellungen. Dies soll in folgender Weise geschehen: Intervall und Inhalte der Berichterstattung sind mit den auf europäischer Ebene durch die erneuerte Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Anforderungen zu harmonisieren. Ab 2007 soll alle 2 Jahre ein Indikatoren-Bericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erstellt werden, wobei die Fortschreibung der einzelnen Indikatoren synchron mit ihrem Erhebungsrhythmus erfolgt. Dies soll mit Hilfe des Sets von Indikatoren für eine gesamthafte Bewertung Nachhaltiger Entwicklung in Österreich geschehen, das in der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie gefordert wird. Dieses ist hierarchisch gegliedert, analog dem Europäischen Set von Nachhaltigkeitsindikatoren (SDIs). Die Indikatoren der obersten Ebene, die mit den SDIs harmonisiert sind, erlauben eine überblickshafte Berichterstattung und das Monitoring der Erreichung der Leitziele. Die weiteren Indikatoren des Sets ermöglichen eine umfassendere und vertiefte Betrachtung der Nachhaltigen Entwicklung in Österreich. Eine Auswahl der Indikatoren dieses Gesamtsets, die zur Beurteilung Nachhaltiger Entwicklung auf regionaler Ebene relevant ist, soll zumindest auf Ebene der Bundesländer dargestellt werden. Der Indikatoren-Bericht auf Bundesebene soll nicht nur alle zwei Jahre aktualisiert werden, sondern zu einem Instrument der Planung und Evaluierung ausgebaut werden, indem Defizitanalysen durchgeführt werden und daraus die Schwerpunkte der neuen Arbeitsprogramme abgeleitet werden.

Impact Assessment

Die internationalen Erfahrungen mit Nachhaltigkeitsprüfungen, insbesondere mit dem, Impact Assessment der EU-Kommission zeigen, dass es wichtig ist, bereits bei der Entstehung von Politiken und Rechtsakten anzusetzen. Durch die Einbindung in die EU-Politik und Rechtsetzung werden auf nationaler Ebene mehr strategische Planungen und Diskussionen mit verschiedenen Anspruchsgruppen zur Positionierung und Entscheidungsfindung im Vorfeld von EU-Entscheidungen erforderlich. Die Auswirkungen auf alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung sollten dabei bereits von Beginn der Politikentwicklung an mitbedacht werden. Zentrale Aufgabe der Verwaltung ist es, die politische Ebene durch sachlich-objektive Unterstützung in der Phase der Entscheidungsvorbereitung zu beraten, verwertbare Vorschläge mit Varianten zu unterbreiten, um damit Entscheidungsspielräume und mittel- und langfristige Strategien zu eröffnen.

Die Diskussion über die bestehenden Ansätze zur Bewertung und Integration von Aspekten der Nachhaltigkeit in die Politikentwicklung ist auch im engen Zusammenhang mit Good Governance (gute Regierungs- und Verwaltungsführung) zu sehen. Der Europäische Rat

nennt in seiner „Erklärung zu den Leitprinzipien einer nachhaltigen Entwicklung“ (Beschluss im Juni 2005) wesentliche Grundsätze, die auch für den österreichischen Ansatz leitend sein sollten. Die erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie sieht als Leitaktion zur Umsetzung vor, dass – dem positiven Beispiel der Europäischen Kommission folgend – auch die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung politischer Maßnahmen mehr auf das Instrument der Folgenabschätzung zurückgreifen sollen, wenn es um die Verwendung öffentlicher Mittel und die Entwicklung von Strategien, Programmen und Projekten geht.

Die Nachhaltigkeitsprüfung ist ein wesentliches Instrument, um eine mehrdimensionale Problemanalyse sicherzustellen, Entscheidungsgrundlagen transparenter zu machen und die Qualität von Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Zur Gewährleistung nachhaltiger Entscheidungsfindungsprozesse insbesondere bei großen Reformen und finanziell aufwändigen Projekten sollen Nachhaltigkeitsprüfungen durchgeführt werden. Die Entscheidungsfindungsprozesse inklusive der Ergebnisse der Prüfung sind nachvollziehbar darzulegen (z.B. in den Erläuterungen zu Gesetzesentwürfen). Es ist wesentlich, dass die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte in balancierter Weise einbezogen werden.

Für Österreich kann dazu nur ein aktiver Ansatz zielführend sein, der den Entwicklungsprozess insbesondere von Politiken und Rechtsakten (beg-)leitet. Eine Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang ist die Einbeziehung der Stakeholder. Auch die Wirksamkeit von Verwaltungshandlungen ist zu optimieren bei gleichzeitiger Qualitätssicherung. Der österreichische Weg sollte einerseits Nachhaltigkeitsaspekte in alle Entscheidungsebenen nachvollziehbar integrieren und andererseits das Verwaltungshandeln weiterentwickeln und modernisieren. Dazu wurden im Rahmen einer Scoping-Studie erste Überlegungen zur Erarbeitung eines Instruments für die Entwicklung möglichst nachhaltiger Politiken und Rechtsakte angestellt. Dieses Instrument soll als proaktiver, partizipativer und integrativer Ansatz der Nachhaltigkeit, nicht als nachgelagerte Prüfung sondern bereits im Zuge der Entwicklung von Politiken und Rechtsakten zur Anwendung kommen. Damit wird ein neuer, effizienter Zugang im Verwaltungsmanagement auf Basis der Grundsätze von Good Governance gewählt, der zur Qualitätssicherung in der Politikgestaltung beiträgt.

Anhang

- Anhang 1** **Ausgewählte Ergebnisse der Studie "Nicht-nachhaltige-Trends"**

- Anhang 2** **Ausgewählte Ergebnisse der "Evaluation der Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung"**

- Anhang 3** **Indikatoren-Bericht**